Klassenkampf

Kommunistisches Organ

r den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. **Bezugspreis:** frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. **Verlag und Druck:** Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

inzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 17. Mai 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 114

ildet die rote Abwehrfront gegen den Faschismus

Neue Rüstungen der Staatsstreichler

Gegen die monarchistische Putschgefahr

einsame Abwehrorganisationen und Aktionsausschuß der Arbeiter

Suhl wird uns berichtet:

einigen Tagen wird **an der bayrischen Grenze eine fieber- Tätigkeit der „vaterländischen Verbände“** festgestellt. Sozia- **Arbeiter mit ihren Funktionären traten am Freitag Führer der Kommunisten heran zwecks Bildung gemeinsamer** organisationen. Die Sozialdemokraten erklärten, über wich- schistische Vorbereitungen unterrichtet zu sein. So soll in ngen die **Reichswehr seit einigen Tagen in Alarmbereitschaft** Die Panzerwagen, die bisher in Schuppen untergebracht stehen seit drei Tagen auf dem Kasernenhof zum Abfahren

drei Tagen weilen 80 Reichswehrleute in **Suhl** bei Simson fabrik). Die Reichswehrleute geben an, aus **Jüterbog** von llerieschule zu sein, um eine Besichtigung des Waffenwerks nehmen. Sie **haben weiter** erklärt, daß sie vom Montag an Jena weiterreisen würden, um dort das Zeiß-Werk zu besich-

Freitagabend fand **mit den SPD.-Funktionären und dem** banner eine **gemeinsame Sitzung in Suhl** statt, wo folgende üsse gefaßt wurden:

Ein fünfgliedriger **Aktionsausschuß** wurde gewählt, der sich mensetzt aus einem Vertreter der SPD., des Reichsbanners, KPD., der Frontkämpfer und des Gewerkschaftskartells.

wurde beschlossen, morgen, Sonntag, **eine einheitliche Demon- in Suhl** zu veranstalten, wo ein SPD.- und ein KPD.- sprechen sollen. Weiter wurde sofort ein Aufruf verfaßt, an die SPD.-Presse und KPD.-Presse Suhl gegeben wurde.

Aktionsausschuß erkannte sehr klar, daß gegen die Rüstungen illegalen und legalen Putschmacher die Bewaffnung der Ar- notwendig ist.

SPD.-Funktionäre sind der Ansicht, daß eine evtl. Ein- der Arbeiter **in die Schutzpolizei nur unter der Voraus- einer Bewaffnung erfolgen kann.** Der Aktionsausschuß for- von der Polizei, sie solle Feststellungen machen, welche Vor- an Gewehren in den Fabriken Suhl und Heinerichs lagern. mutmaßlicher Schätzung sind an Waffen rund 4000 bis 5000 (Infanteriegewehre) vorhanden. Im Ernstfalle wird die schaft aus **Meiningen** und **Hildburghausen** vom Aktions- nach **Suhl** beordert, um sie dort **in die Abwehrfront** mit

Suhler Beispiel ist vorbildlich für **die Abwehrrüstungen der Arbeiterklasse, die in der gegenwärtigen zugespitzten Situation notwendig sind.**

*

Der gemeinsame Aufruf zur Demonstration lautete:

An die Werktätigen von Suhl und Umgegend!

Die monarchistischen Putschverbände erheben drohend ihr Haupt. Im ganzen Kreise rüsten sie fieberhaft, eine nationale Kampfführung jagt die andere. An der bayrischen Grenze sammeln sich wie 1923 die reaktionären monarchistischen Wehrverbände. Morgen schon können sich die mörderischen Banden der Reaktion gegen die werktätige Bevölkerung in Marsch setzen. Die vaterländischen Verbände haben für Sonntag in ganz Deutschland zu Demonstrationen für die räuberischen Fürsten aufgerufen. Die Demonstration soll das Signal für die monarchistischen Putsche sein. Demgegenüber rufen die unterzeichneten Organisationen die gesamte werktätige Bevölkerung auf, sich in gewaltigen Gegendemonstrationen gegen den monarchistischen Ueberfall zur Wehr zu setzen. Heraus zur Demonstration am Sonntag, dem 16. Mai, vormittags ½11 Uhr, im Stadtpark in Suhl.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Kreis Schleusingen.
Kommunistische Partei Deutschlands, Unterbezirk Suhl.
Gewerkschaftskartell Suhl und Umgegend.
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bezirk Suhl-Schleusingen.
RFB., Kreis Suhl.

Ueberall monarchistische Rüstungen

Hannover, 17. Mai. (Eig. Drahtm.) In Goslar ist das Infanterie-Regiment Nr. 17 (ehemaliges Jägerbataillon) stationiert worden. Die Reichswehrsoldaten haben vergangenen Sonntag und Montag Erkennungsmarken zum Ausmarsch erhalten. In Hannover selbst ist eine ziemlich starke Tätigkeit der faschistischen Organisationen zu verzeichnen. „Jungdo“ und „Wehrwolf“ hatten in letzter Zeit öfters Aufmärsche.

Bremen, 17. Mai. (Eig. Drahtm.) Am gestrigen Sonntag fand in Vegesack eine Kundgebung der „Wikinger“ statt, zu der Ehrhardt persönlich anwesend war. Am Sonnabend war eine Hitler-Versammlung in Bremen.

Reichswehr und Putschverbände Arm in Arm

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 17. Mai.

Nicht nur in Berlin, auch **im Ruhrgebiet** arbeitet die Konterrevolution fieberhaft. Die Verwicklung führender Ruhrindustrieller mit den Putschplänen erklären die verschiedensten Erscheinungen der letzten Zeit im Ruhrgebiet. So fand gestern in **Essen ein Regimentsfest** statt, das von dem Königsregiment Nr. 16 veranstaltet war. Das Interessante dabei ist, **daß eine Kompagnie Reichswehr mit Musik und Offizieren daran teilgenommen hat.**

Theater oder Kampf gegen die vaterländischen Verbände?

Halle, 17. Mai.

Es ist kaum mehr als einen Monat her, als in der **„Vossischen Zeitung“** Preußens Innenminister, **Karl Severing,** einen großen Artikel veröffentlichte, der sich mit den einzelnen in Deutschland bestehenden Verbänden beschäftigte. Unter Herausstreichung des Reichsbanners wies Karl Severing den vaterländischen Verbänden die Rolle eines spielenden Knaben zu, der sich an den Ufern des breiten, ruhig hinfließenden Stromes: Deutsche Republik tummele und durch Steinwürfe am Rand die Fluten ein wenig trübe. Sein ganzer Artikel, den auch das hiesige „Volksblatt“ in einem Auszug brachte, sollte beweisen, daß die Macht der Republik überaus stark und daß die Bedeutung der kläffenden vaterländischen Verbände lächerlich und gering sei. Großspurig verkündete damals Severing: **Ohne meine Erlaubnis wird kein Putsch in Preußen gemacht.** Herr Severing schuf wieder einmal ein Ruhekissen für alle Republikaner, auf das sie sich selbstzufrieden und selbstsicher ausruhen konnten.

Das ist, wie gesagt, vor reichlich einem Monat gewesen. Vor wenigen Tagen hat der Amtliche Preußische Pressedienst, das offizielle Bulletin des Herrn Severing, Tatsachen veröffentlicht, die, um mit dem „Vorwärts“ zu reden, **einen Einblick in die abgrundtiefe Gefahr gaben,** in der sich die gesamte arbeitende Bevölkerung Deutschlands befand. Wir haben in den letzten Tagen durch die Veröffentlichung der Notverordnung und durch viele andere Tatsachen gezeigt, wie dieser legale Putsch vor sich gehen sollte. Und **wir können es nur unterstreichen, daß die Gefahr einer Rechtsdiktatur** des Faschismus in Deutschland **unmittelbar bevorstand und** daß sie auch heute **keineswegs beseitigt ist.** Sie mag durch die vorzeitigen Veröffentlichungen aufgeschoben sein. **Aufgehoben ist sie nicht.**

Herr Severing hat auf Grund dieser Enthüllungen über die Putschvorbereitungen der vaterländischen Verbände, an denen sich hervorragendste Industrielle beteiligt hatten, verfügt, daß einige Verbände aufgelöst werden. Trotzdem war es diesen Verbänden gestattet, noch am selben Tage des Verbots **ihr Sportfest abzuhalten.** Die durch die Veröffentlichungen belasteten Personen wurden einem Verhör unterzogen, **um sogleich wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden.** Aber das wichtigste bei diesen ganzen „Maßnahmen“ gegen die vaterländischen Verbände ist die Tatsache, daß sich das Verbot lediglich auf **kleine und unbedeutende Verbände beschränkt,** daß aber sowohl der **„Stahlhelm“** wie der **„Jungdeutsche Orden“** nach wie vor unbehelligt bleiben. Diese beiden Verbände sind **die Massenorganisationen** der vaterländischen Verbände. Rückt man diesen nicht zuleibe, bleibt dieser ganze **„Kampf“** gegen die Putschverbände eitel Schaumschlägerei und Theater.

Das stärkste Stück aber hat sich am Freitag der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski, natürlich im Einvernehmen mit Severing, geleistet. Der Berliner Polizeipräsident **gestattete die Demonstrationen der vaterländischen Verbände in Berlin, um gleichzeitig die Kundgebungen für die Fürstenenteignung zu verbieten.** Der „Vorwärts“ begleitete diese Maßnahme mit einem Leitartikel, in dem er sich vollkommen hinter die Maßnahmen seines Polizeipräsidenten und Innenministers stellte. Wie wenig selbst bürgerliche Blätter auf eine solche Ungeheuerlichkeit gefaßt waren, zeigt die Tatsache, daß das „Berliner Tageblatt“, die „Tägliche Rundschau“ (Deutsche Volkspartei) und andere Blätter der Ansicht waren, daß alle Demonstrationen, auch die der Monarchisten, verboten seien. Aus den Ueberschriften dieser Blätter ging das hervor. Die „Tägliche Rundschau“ schrieb z. B.: **„Die Kundgebung der vaterländischen Verbände verboten.“** Also selbst ein so schwarzweißrotes Monarchistenblatt hatte nicht im Traume gehofft, daß die sozialdemokratischen Regierungsmänner in so unterstrichen einseitiger und provokatorischer Weise für die vaterländischen Verbände Partei nehmen würden.

Wahrhaftig, Herr Severing sorgt wieder einmal dafür, daß alle seine Enthüllungen in der bürgerlichen Oeffentlichkeit ihren Wert dadurch verlieren, daß alle Maßnahmen gegen die vaterländischen Verbände **nicht nur nicht ausbleiben,** sondern in **ihr Gegenteil** umgewandelt werden. Anstatt wirklich an Hand dieser Veröffentlichungen einen **ernsthaften Kampf** gegen die Putschverbände zu führen, gestattet Severing und sein Polizeipräsident den vaterländischen Verbänden zu demonstrieren und **knüttelt gleichzeitig die proletarischen Demonstrationen nieder.** Die überzeugten Republikaner und alle sozialdemokratischen Arbeiter können daran wieder einmal ermessen, wie der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing besorgt ist, daß nur ja den vaterländischen Verbänden kein Härchen gekrümmt wird und daß sie nach einem Schreckschuß wieder munter in der Lage sind, ihre Maulwurfsarbeit zur Erreichung der faschistischen Diktatur fortzuführen.

Seit vielen Jahren sitzt Herr Severing im Preußischen Innenministerium und die sozialdemokratischen Arbeiter haben Zeit und Gelegenheit gehabt, seine Tätigkeit kennenzulernen. Sie haben immer geglaubt und gehofft, daß Severing einmal ernst machen werde mit dem Kampf gegen die vaterländischen Verbände. Sie sind jedesmal enttäuscht worden. **Unter seinem Regime haben sich die vaterländischen Verbände zu ihrer Größe und Machtentfaltung entwickelt.** Und jedesmal, wenn diese Putschisten im Begriff

Hindenburg diktiert

as Kabinett der Flaggenverordnung soll bestehen bleiben

nabend nachmittag **war** bereits die Mission **Adenauers,** des Oberbürgermeisters, der dem Zentum angehört, beendet. wollte die Große Koalition; jedoch trotz aller Angebote SPD. an die Deutsche Volkspartei, trotz minder heftiger Vor- gen des Zentrums, **zeigte die Volkspartei die kalte Schulter.** einigen Stunden Verhandlungen reiste der Zentrumsmann wieder unverrichteter Sache nach Köln zurück. Darauf **Hindenburg folgenden Brief an Marx:**

Sehr verehrter Herr Reichsjustizminister!

den Berichten, die der von mir mit der Klärung der chen Lage betraute Reichswehrminister Dr. Geßler erstattet hat, habe ich ersehen müssen, daß eine Aenderung parteipolitischen Verhältnisse und Zusammensetzung ent- überhaupt nicht, oder nur nach langwierigen, im Er- zweifelhaften Verhandlungen erreicht werden könnte. solche lange Regierungskrise verträgt aber gegenwärtige Lage des Reiches nicht. Es daher zur Ueberwindung der gegebenen Schwierig- und zur Lösung der vor uns liegenden Aufgaben not- daß die bisherige Reichsregierung ihre tigkeit unter neuer Führung fortsetzt und ich bitte daher, Herr Reichsjustizminister, als das älteste Mitglied Reichsregierung und als Vertreter der größten in ihr ent- nen Partei, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen. der Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.

Dieses Diktat Hindenburgs hat seine Wirkung nicht verfehlt. Das Zentrum fiel um, trotzdem Severing durch seine Schreckschußpolitik, die die Gefahr der putschistischen Vorbereitungen der Rechtsverbände zu einem Theater herabwürdigte, versucht hatte, **das Zentrum in die Große Koalition zu bringen.** Nach kurzer Bedenkzeit hat

Marx den Posten des Reichskanzlers übernommen,

das alte Kabinett bleibt in allen seinen Bestandteilen bestehen. Lediglich der Zentrumsmann Bell übernimmt das Reichsjustizministerium. Schon in den nächsten Tagen will sich das neue Kabinett dem Reichstag vorstellen, um ein **Vertrauensvotum vom Reichstag zu erlangen.** Der ganze Regierungsklamauk also ist wie das Hornberger Schießen ausgelaufen. Das Kabinett bleibt. Die Koalition der bisherigen Regierungsparteien übernimmt weiter das Ruder.

Jetzt muß gepfiffen werden. Diese alte neue Regierung, diese Regierung der Flaggenverordnung, diese Regierung der Abwürgung des Volksentscheids, diese Regierung der Niederschlagung der Forderungen der Inflationsopfer auf Volksbegehren darf keinen Tag an der Herrschaft bleiben, auch wenn Hindenburg diktiert. Immer mehr Stimmen innerhalb der sozialdemokratischen Presse fordern zusammen mit uns die Reichstagsauflösung. Der Druck auf die Sozialdemokratie muß verstärkt werden, daß sie nicht durch Tolerierung dieser alten neuen Regierung das Leben ermöglicht. **Fort mit dieser Regierung! Fort mit diesem Reichstag!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0001
DFG

standen, ihre Herrschaft aufzurichten, gab Severing einen Schreckschuß ab, um gleich darauf wieder den Kampf gegen sie abzublasen.

Das darf und kann nicht so weitergehen. Das Proletariat verlangt, **daß kein Theater mehr gemacht wird, sondern, daß wirklich der Kampf gegen die faschistische Reaktion mit allem Nachdruck aufgenommen wird.** Diese Erkenntnis und diese Konsequenzen haben die **sozialdemokratischen Arbeiter von Suhl** gezogen, indem sie sich zu einer roten Abwehrformation gegen die Faschisten zusammengetan haben. **Suhl muß ein Vorbild für die gesamte deutsche Arbeiterschaft sein.** An der roten Einheitsfront des Proletariats wird der Anprall der vaterländischen Verbände zerschellen, auch dann, **wenn eine neue Regierung** im Reich den Faschismus die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten gibt, wie es die Luther-Regierung und Herr Severing getan haben.

Der Landtag fördert die Umsturzpläne der Reaktion

Im Aeltestenausschuß des Landtags verhinderten die Regierungsparteien wiederum eine Aussprache über die **Vorbereitungen der Reaktion** in den nächsten Sitzungstagen. Der kommunistische Antrag, die diesbezüglichen Anträge vorweg zu nehmen, wurde durch **Widerspruch der Demokraten** unmöglich gemacht.

Genosse Bartels erklärte den Einspruch der Regierungsparteien damit, daß die preußische Regierung noch immer nicht in der Lage sei, die kommunistischen Anfragen zu beantworten. Die preußische Regierung und die Polizei läßt in Berlin die **Faschistenverbände bewaffnet aufmarschieren** (großer Lärm rechts) und der Berliner Polizeipräsident **verhindert die Abwehr der Arbeiterschaft.** Herr Grzesinski scheint in die Fußstapfen eines Winnig treten zu wollen (Lärmende Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.) Die alarmierenden Nachrichten über die Rüstung der Konterrevolution häufen sich. Im Kreise **Schleusingen** sind die gesamten nationalistischen Verbände **mobilisiert. Auch die Reichswehr ist im Alarmzustand**, aber nicht etwa gegen die Monarchisten, sondern gegen die Arbeiterschaft. In Belgard in Pommern wurden **Waffenbestände aus der Reichswehrkaserne auf den Hof eines deutschnationalen Führers transportiert.** (Hört, hört!) Die Briefe des alldeutschen Führers Claß nach Doorn beweisen, daß die preußische Regierung mit den an die Hohenzollern abgeführten Geldern die monarchistische Konterrevolution finanziert. Wir verlangen die sofortige **Einstellung aller Zahlungen.** (Beifall bei den Kommunisten.)

Am Montag werden bei der Beratung des Notetats die monarchistischen **Diktaturpläne** behandelt werden.

Die Zustände in der Forstverwaltung

In der Sonnabendsitzung des Landtags sprach zum Etat der **Forstverwaltung** Genosse Möricke. Er führte u. a. aus: Die **Ueberschüsse aus der Jagd** betragen im ganzen **nur 600 000 Mk.** Dafür zahlen die Jagdpächter, vor allem Regierungsforstbeamte, Oberförster und Forstkassenrendanten **nur 6¼ Pfennig für den Morgen Jagdpacht.** Den Förstern und Revierförstern wird dagegen das Jagen verboten. Die gut bezahlten **Oberförsterstellen,** die neben ihrem Gehalt 120 Morgen Dienstland und 3525 Mk. Dienstaufwand und -kosten einbringen, sind **fast ausschließlich Privileg für die Faschisten und ehemaligen Offiziere.** Demgegenüber erhalten die Förster und Revierförster nur 160 Mk., und die Waldarbeiter leben im tiefsten Elend. Für die Beaufsichtigung des ehemals königlichen Besitzes und für die Geschäfte des früheren **Hofjagdamtes** hat der preußische Staat jedoch 3200 Mk. übrig und unterhält zu diesem Zweck noch eigens zwei Förster. Redner verlangt, daß Minderbemittelten **das Lesen von Beeren, Pilzsammeln und Reisigsuchen unentgeltlich gestattet** werden müsse, sowie die unentgeltliche Aushändigung von Zeltscheinen an die staatlich anerkannten Jugendpflege-Organisationen. Für die in den Staatsforsten beschäftigten Arbeiter fordern wir **Erhöhung der Löhne, Achtstundentag, Schutzkleidung und Schutzhütten.** Ganze 300 000 Mk. hat der Staat zum Bau von Waldarbeiterhäusern angesetzt. Für die Pflege des Wildes hat er dagegen 400 000 Mk. übrig. Während Kleinbauern und Landarbeiter ihr Holz sofort bezahlen müssen, wird den **großen Holzschiebern die Zahlung** bis zu sechs Monaten **gestundet.** Dieses Ministerium vertritt nur die Interessen des privaten Waldbesitzes und der Holzhändler. (Bravo b. d. Komm.)

Immer neue Geschenke der Reichsregierung an die Kapitalisten

Nachdem die Kapitalistenklasse und ihre ihnen ergebene Luther-Regierung sich von der **völligen Ungefährlichkeit der deutschen Gewerkschaften unter reformistischer Führung** überzeugt haben, gehen sie immer offener und brutaler dazu über, sich **auf Kosten der Arbeiterschaft zu sanieren.** Die verschärfte Ausbeutung des Proletariats genügt ihnen dazu nicht mehr, nein, die Privatunternehmer müssen außerdem noch aus den Staatsmitteln **Geschenke bekommen,** die aus Mitteln stammen, die den **steuerzahlenden Massen abgepreßt worden sind.** Obwohl der größte Teil dieser Staatsgeschenke und Subventionen in Formen vor sich geht, die sich vor der Oeffentlichkeit als solche verhüllen, sah sich die Regierung kürzlich gezwungen, zuzugeben, daß gegenwärtig noch 12 Reichsbürgschaften an Privatunternehmen laufen, darunter ein **Kredit an die Vulkan-Werft in Höhe von 7,5 Millionen,** an die **Schichau-Werft mit 6,5 Millionen,** an die **Stärkeindustrie mit 7,5 Millionen,** eine Bürgschaftsübernahme für die **Flachsindustrie** mit **9 Millionen,** eine Garantie zur Erhaltung des deutschen **Traktorenbaus** in Höhe von **21 Millionen** und so weiter.

Es ist aber inzwischen bekannt geworden, daß eine große Reihe von Subventionen in dieser Liste verheimlicht worden sind, darunter z. B. ein Kredit **für Rheinmetall in Höhe von 19 Millionen,** an den **Röchling-Konzern von 20,5 Millionen,** an die **Junkers-Flugzeugwerke** von zirka **25 Millionen,** an den **Stumm-Konzern von 12,5 Millionen** usw. Selbst eine linke bürgerliche Zeitung sieht sich angesichts dieser Fleischtopfpolitik zu folgendem Stoßseufzer gezwungen:

„Aber der Staat kann niemanden etwas geben, was er nicht vorher einem anderen genommen hat. Er kann einem einzelnen Industrie- oder Landwirtschaftszweig nur diejenigen Staatsmittel zuführen, die er der **Allgemeinheit auf dem Wege der Besteuerung** entzieht. Staatssubvention heißt also **Ausplünderung der Gesamtheit zugunsten Einzelner.**"

Da die arbeitenden Massen die Hauptträger der direkten und indirekten Steuern sind, so heißt das nichts anderes, als daß das deutsche Proletariat nicht nur die **Profite** für seine Ausbeuter, sondern auch die Staatssubventionen für die freigebigen Geschenke des Herrn Luther herausschuften muß.

Die SPD. für die Entrechtung der Jugend

Im Ausschuß für **Jugendschutz und Jugendpflege** wurde das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor „Darbietungen, die Sitte und Moral verletzen", behandelt. Die SPD., die vorher mit uns gemeinsam den Kampf gegen dies Gesetz **überhaupt geführt hatte,** begann in der Freitagsitzung **Verschlechterungsanträge** zu stellen. Diese Schwenkung hängt offenbar damit zusammen, daß der sozialdemokratische Staatssekretär Scholz, der Vater dieses Gesetzentwurfes, neuerdings wieder im Reichsinnenministerium arbeitet. Der Antrag der SPD. verlangt schwere **Strafen für die Teilnahme Jugendlicher** an unsittlichen Darbietungen. **Es ist vollkommen klar,** daß dies Gesetz als eine reine Polizeiverordnung gegen proletarische und revolutionäre Veranstaltungen angewendet werden wird. Genosse Rosenbaum **wies auf diese** Tatsachen hin und stellte den Widerspruch dieser Haltung im Bildungsausschuß beim Gesetz zur **Bewahrung der Jugend vor** Schmutz und Schund fest.

Die klägliche Demonstration der „Vaterländischen" in Berlin

Die Demonstranten provozieren die Arbeiterbevölkerung

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 17. Mai.**

Die Demonstration der faschistischen **Verbände am gestrigen** Sonntag wurde zu einem völligen Fiasko der **Monarchisten.** Die Stoßtrupps der monarchistischen Staatsstreichler **konnten nur ganz geringfügige Ansammlungen und Züge bilden.** Neben den uniformierten **Monarchisten,** worunter die Mannschaften der **verbotenen Organisationen Olympia und Wiking** in geschlossenen Abteilungen mit Fahnen erschienen, waren nur **wenige Zivilpersonen,** meist alte Frauen und Jugendliche, Angehörige monarchistischer Mädchenverbände gefolgt. Diese Bande konnte jedoch die Arbeiterbevölkerung **Großberlins in ungehörigster Weise provozieren,** weil sie ein vielfach größeres Schupoaufgebot als Verbündete gestellt erhielt. Als die monarchistischen Züge durch die Arbeiterviertel zogen, **erschienen spontan Zehntausende von Arbeitern auf der Straße.** Die provozierenden Parolen der **Monarchisten wurden mit Niederrufen** beantwortet und die **Internationale übertönte die monarchistischen Gesänge.**

Die Schupo der Sozialdemokratie ging **mit unerhörter Brutalität** gegen die Arbeiterbevölkerung vor. Die monarchistischen Schupooffiziere peitschten die Mannschaften immer wieder aufs neue zu größter Rücksichtslosigkeit an. Mit Gummiknüppeln und aufgepflanzten Seitengewehren wurde gegen die Arbeiter vorgegangen. **Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt, ungerechnet die Zahl der Leichtverletzten.** Bei den schweren Polizeiausschreitungen soll eine Frau so schwer getroffen sein, daß sie angeblich ihren Verletzungen erlegen ist. Eine offizielle Bestätigung darüber ist noch ausgeblieben. Bis zum späten Abend wurden auf dem Polizeipräsidium noch **96 Verhaftete festgehalten,** darunter eine Frau.

*

Der bürgerliche **„Montag-Morgen"** schreibt über die gestrige Demonstration: „Die reichlich aufgebotene Polizei folgte den Zügen in Lastautos und die Häuflein der „Nationalen" glichen dann **mehr Arrestanten, die auf einer Razzia zusammengeholt wurden, denn machtvoll Demonstrierenden.** Auch die Parole, Schwarzweißrot zu flaggen, hat in allen Teilen der Stadt völlig versagt. Als Gesamteindruck bleibt, daß die Rechtsradikalen in Berlin **die Straße verloren haben.**

Neuer Verfassungsbruch in Bayern

Heraufsetzung des Wahlalters

Der Verfassungsausschuß des Bayrischen Landtags nahm bei der Beratung des Regierungsentwurfes zur Abänderung der Verfassung den Artikel 2, der das **Wahlrecht bei Gemeinde- und Kreiswahlen von der Vollendung des 25. Lebensjahres** abhängig macht, mit den Stimmen der Koalitionsparteien und der Völkischen an. Der Innenminister Stützl behauptete dabei, daß diese Regelung nicht im Widerspruch zur Reichsverfassung stände. **In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.**

Nach der Weimarer Verfassung haben die Länder nicht das Recht, die politischen Grundrechte, zu denen vor allem das Wahlrecht gehört, **willkürlich abzuändern.** Der Beschluß des Verfassungsausschusses **ist ein glatter Verfassungsbruch und Vorstoß der monarchistischen Reaktion gegen die letzten politischen Rechte der Arbeiterschaft. In Bayern wird der Anfang gemacht!**

Uebertritte zur KPD.

Mannheim, 15. Mai.

In Lahr sind zwei sozialdemokratische Gemeinderäte zur KPD. übergetreten. Die Ursache dieses Uebertritts ist, daß die zwei Gemeinderäte die Schädlichkeit der Koalitionspolitik erkannt haben.

Was geht in Polen vor?

Die Kommunistische Partei Polens tritt auf den Plan

Nach wie vor laufen die Meldungen über die Vorgänge in Polen sehr dürftig ein. **Aus den bis jetzt vorliegenden Nachrichten geht** aber schon so viel hervor, daß **die faschistische Regierung Witos endgültig zurückgetreten** ist und sich unter aktiver Mitwirkung **Pilsudskis ein neues Kabinett gebildet hat. Pilsudski selber** gehört diesem Kabinett **als Kriegsminister an. Witos ist von der** neuen Regierung **interniert worden.**

Die polnischen Blätter versuchen den Anschein zu erwecken, als ob der Abtritt der alten und der Antritt der neuen Regierung ohne erhebliche Widerstände vor sich gegangen ist. Demgegenüber steht jedoch fest, daß die Lage für Pilsudski gar nicht so günstig aussah, **sondern daß es vielmehr erst nach heftigen Kämpfen in Warschau den Aufständischen gelang,** die **Regierung zu verjagen. Die Verluste** bei diesen Kämpfen beiden Seiten **sehr schwer** gewesen. Eine vorläufige Zählung **von 205 Toten, 966 Verwundeten.** Der Hauptangriff der Truppen richtete sich gegen **das Belvedere,** in welchem gierung befand. **Die Regierung und der Staatschef** blieben letzten Augenblick auf ihrem Posten und **mußten** beim der Pilsudski-Truppen **Hals über Kopf flüchten.**

Die Lage im Lande ist noch unklarer als in der stadt, wo Pilsudski **jetzt ohne Zweifel das Heft in der Hand** **Das Heer ist gespalten.** Auf dem Wege nach Warschau vielfach die verschiedenen Regimenter aneinander.

Es hat demnach den Anschein, als wenn die Bildung der Regierung ein Versuch Pilsudskis ist, **die Unruhen im ganzen auf diese Weise von Warschau aus zu beheben.** Pilsudski sicher damit, **daß das Bestehen einer Regierung überhaupt, gleich welcher politischen Richtung,** bei der großen Masse der deprimierten Bevölkerung einen günstigen Eindruck und **die Bevölkerung,** um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, **hinter diese Regierung bringt.**

Die Arbeiterschaft Polens wird jedoch sehr bald das wahre auch dieser Regierung erkennen und wird bei Strafe ihres **ganges in völlige Verelendung gezwungen sein,** den Weg zu **welchen die Kommunistische Partei Polens vorschlägt.**

*

(Eig. Drahtm.) **Warschau, 17.**

Die Kommunistische Partei Polens fordert in einem Aufruf Bewaffnung der Arbeiterschaft und zur Bildung eines Aktionskomitees auf. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie eine solche Taktik zurück. Die kommunistischen Abgeordneten **auf den Plätzen Warschaus große Massenversammlungen Bildung der proletarischen Einheitsfront ab.** Eine dieser lichen Kundgebungen wurde von der Polizei auseinander

Die Bergarbeiter kämpfen weiter!

(Eig. Drahtber.) London, 17.

Der Delegiertenkonferenz des englischen Bergarbeiterverbandes lag der sogenannte „Vermittlungsvorschlag" Baldwins vor. Der **Verbandsvorstand schlug die Fortsetzung** des Streiks und die Ablehnung der Regierungsanträge vor. In der Delegiertenkonferenz wurde der Gewerkschaftsrat wegen des Abbruchs des Generalstreiks **von verschiedenen Delegierten heftig angegriffen.** Die Verräter der Arbeiterbewegung wurden von den Bergarbeiterdelegierten gebrandmarkt. Die Delegiertenkonferenz beschloß, den Regierungsvorschlag nicht anzunehmen, den Streik fortzusetzen und am 20. Mai nach Befragen der Mitgliedschaft in Bezirkskonferenzen von neuem zusammenzutreten.

Im Laufe des Sonnabends war eine Abbröckelung der durch den Verrat in Verwirrung geratenen Streikfront zu vermerken. Die Arbeiter der verschiedenen Transport-, Eisenbahn-, Omnibus- und Untergrundbahn-Gesellschaften kehrten zur Arbeit allmählich zurück. In einigen Bezirken besteht aber der Widerstand gegen die Wiederaufnahme nach wie vor. So beschlossen die Eisenbahner und Transportarbeiter in Hull weiter zu streiken. Im gesamten Zeitungsgewerbe geht der Streik weiter, da die Gewerkschaften die provokatorischen Bedingungen zurückgewiesen und die Verhandlungen abgebrochen haben. Die Regierung verfügte, daß sämtliche Bestimmungen des Ausnahmezustandes vorläufig in Kraft bleiben.

Kampfvorschläge der KP. Englands

London, 15. Mai. (Telegr. Sonderbericht der „Inprekorr".) Manifest der Kommunistischen Partei Englands zum Abbruch des Generalstreiks erklärt, daß die Kapitulation des Generalrats der Gewerkschaften und die Gegenoffensive des Unternehmertums für die englische Arbeiterschaft eine ungeheure Situation geschaffen haben. In Ermangelung einer Kampfleitung sind die einzelnen Verbände nunmehr sich selbst überlassen, um in getrennten Verhandlungen mit dem Unternehmertum Vereinbarungen zu treffen. Die lokalen und Bezirksstreikkomitees sind ohne jedwede Weisung Schicksal überlassen worden. Die Kommunistische Partei angesichts dieser Situation den lokalen Streikkomitees vor, **distriktweise Delegiertenkonferenzen** der streikenden Arbeiter berufen, damit diese Delegierten-Konferenzen die Fortführung des **Kampfes** beschließen. Das Ziel dieser fortgeführten Kämpfe sein die solidarische Unterstützung der im Kampf stehenden Bergarbeiter, Widerstand gegen jede **Lohnherabsetzung,** der **Gewerkschaftsverbände** und gewerkschaftlichen Rechte gegen Unternehmerangriffe. Die lokalen Streikkomitees und die vorstände der einzelnen Verbände sollen zu einer Reichskonferenz einberufen werden, um dort über weitere Kampfmaßnahmen zu schließen. Das Manifest ermahnt die Arbeiter zum Schluß, **Gewerkschaftsorganisationen weiterhin treu** zu stehen, die zu schließen und ihre Organisation zu festigen.

*

(Eig. Drahtm.) London, 17.

Die Tätigkeit der Polizei gegenüber der Kommunistischen hat sich in den letzten Tagen wieder bedeutend verstärkt. Es ständig Haussuchungen statt. Es sind bereits 15 Parteim zu Gefängnisstrafen verurteilt worden und viele andere Haft genommen.

Die Komintern hilft weiter

Moskau, 15. Mai. (Inprekorr.) Das Präsidium des Exekutivkomitees der **Kommunistischen Internationale** und das Vollbureau der **Roten Gewerkschaftsinternationale** haben folgenden Beschluß gefaßt:

Da der große Streik der Bergarbeiter und auch der Streik einer Reihe anderer Gruppen der britischen Arbeiterschaft andauert, fordern die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale die Arbeiterschaft auf, die Geldsammlungen zur Unterstützung der britischen Streikenden fortzusetzen; Parole der Aufhaltung der Kohlentransporte nach England weiterhin aufs strengste durchgeführt werden.

Amsterdam bläst ab

(WTB.) **Amsterdam,** 14. Mai. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat wegen der Einstellung des englischen Generalstreiks durch den Generalrat des englischen Gewerkschaftskongresses die **angeschlossenen Gewerkschaftsverbände** der einzelnen Länder telegraphisch **angewiesen, die Unterstützungsaktionen zugunsten der streikenden englischen Arbeiter einzustellen.**

Wenn sich diese Meldung bewahrheiten sollte, dann dem Verrat der Thomas & Co. die Krone aufsetzen.

J. H. Thomas, der Kapitalist

Der Verrat des Eisenbahnerführers J. H. Thomas wird licher, wenn man sich folgende Aeußerung von Jan Coloni Leitartikelschreibers der „Morning Post", die er im „New-york Herald" vom 10. Mai gemacht hat, vor Augen Coloni schreibt:

„Im Gegenteil hat Thomas, der Generalsekretär des verbandes der Eisenbahner, keine Freude an diesen Er ist, wie allgemein bekannt, selbst ein Kapitalist. aus guter Quelle gesagt worden, daß dieser eine Einnahme für 10 000 Pfund Sterling (200 000 Mark) jährlich bezieht."

Da anzunehmen ist, daß J. H. Thomas sein Geld in **Eisenbahngesellschaften angelegt** hat, ist die Haltung des **listen Thomas** verständlich. Dieser Verräter hat aber keinen in den Reihen der englischen Arbeiter mehr. Diese werden und das wird das wichtigste Ergebnis des Generalstreiks und den Zwiebackaktionär Macdonald Freunde in großem Bogen **auf die andere Seite der Barrikade** fördern, wo sie ja schon lange heimatberechtigt sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0002

Die zweite Phase des englischen Kampfes

Entscheidende Lehren für die Arbeiter

E. R. Am Tage nach dem **offiziellen** Abbruch des Generalstreiks standen — wie der rechte Führer Thomas im Unterhaus zugeben mußte — **100 000 Arbeiter mehr im Kampf als am ersten** Tage der Erklärung des Generalstreiks durch den Generalrat des Gewerkschaftskongresses. Aber das **Entscheidende** an dem fortgeführten Kampf in England war: **Der Charakter des Kampfes**, der sich dem Ende zuneigt, hatte sich in seinen äußeren Formen und auch in seiner ganzen Bedeutung **vollkommen geändert.**

1. Der Abbruch des Generalstreikes durch den Generalrat

Am Mittwochnachmittag erklärte der Generalrat den Generalstreik ab 12 Uhr **nachts für abgebrochen**. Angeblich hatte er in Besprechungen mit dem Vorsitzenden der Kohlenkommission Sir Herbert Samuel eine Kompromißformel gefunden, die den Abbruch des Streiks auf einer **„ehrenvollen Grundlage"**, mit Zugeständnissen an die Bergarbeiter, ermöglichte. Der wesentlichste Punkt dieses „Kompromisses" war, daß den Bergarbeitern für einige Monate, „bis zum Abschluß der kommenden Verhandlungen" (!), **durch die Fortzahlung der staatlichen Zuschüsse an die Bergwerksbesitzer eine Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung** erspart bliebe. In Wirklichkeit war eine solche Kompromißformel, **die vom Bergarbeiterverband sofort rundweg abgelehnt** wurde, **nur ein Scheinzugeständnis** an die Bergarbeiter. Es sollte damit der Abbruch des Generalstreiks erreicht werden, um nachher in rücksichtsloser Weise den Unternehmerangriff gegen die Bergarbeiter fortzuführen.

Aber es zeigte sich, **daß die englische Regierung gar nicht daran dachte, diese Vorschläge Sir Herbert Samuels zu den ihrigen zu machen.** So erfolgte der Abbruch, ohne daß der Generalrat selbst dieses Scheinzugeständnis sicher hatte. Der Abbruch des Generalstreiks wurde verkündet an dem Tage, an dem der Generalrat des Gewerkschaftskongresses eben erst die **„zweite Linie" der proletarischen Kampfkräfte** in den Generalstreik geworfen hatte. Die Macht der Arbeiterklasse, einheitlich zusammengefaßt und konzentriert gegen die englische Kapitalistenklasse, begann gerade an jenem Mittwoch, sich in ihrer ganzen Kraft zu entfalten. In einer solchen Situation verhandelten die Arbeiterverräter des „Schwarzen Freitag", die ehemaligen Minister Seiner Majestät des Königs, die Rechten Macdonald, Henderson und Thomas hinter den Kulissen, um den Streik abzuwürgen.

Es zeigte sich mit aller Klarheit, daß die Warnung der Kommunisten, **der starke Einfluß der rechten Führer auf die Leitung des Kampfes, sei die größte Gefahr für die kämpfenden Arbeiter,** nur zu richtig war. Der Generalrat hatte sich schon vorher in die Bahnen der Rechten locken lassen, indem er gegenüber dem mit der Staatsgewalt verbündetem Unternehmertum ängstlich den **„unpolitischen"** Charakter des Streikes betonte und auch die Unterstützung des internationalen Proletariats zurückwies. Der Generalrat ließ sich auch von den Rechten dazu bringen, in der **günstigsten Situation für die Streikenden** sehr plötzlich den Generalstreik abzublasen.

2. Das Ergebnis des Verrates

Dieser Verrat der rechten Führer, **die das Uebergewicht im Generalrat des Gewerkschaftskongresses erlangt hatten,** hatte von Anfang an **in der Unklarheit der linken Gewerkschaftsführer** eine starke Unterstützung. Er zeigte sofort **seine Auswirkungen** nicht nur gegen die Bergarbeiter, sondern gegen die **gesamte englische Arbeiterschaft.** Die verräterische Politik des Dolchstoßes und der Abwürgung des Kampfes brachte den schärfsten **Angriff der Unternehmer.**

Die Unternehmer in vielen Industrien versuchten die Wiedereinstellung der Arbeiter und Angestellten zu starken Vorstößen auszunutzen. So legten die Unternehmergruppen ihren Arbeitern neue Verträge vor, in denen sie durch eine **„Haftbarkeitsklausel"** für die Zukunft verhindert sein sollten, **jemals wieder in einen Solidaritätsstreik zu treten.** Andere Unternehmergruppen wollen die Arbeiter nur einstellen, wenn sie sich zu **niedrigen Löhnen** arbeitsbereit erklären. An der Eisenbahn wurde erklärt, **daß die Streikbrecher bei der Neueinstellung der Arbeiter und Angestellten ohne weiteres den Vorrang haben werden.**

Diese Unternehmerangriffe führen dazu, daß von sich aus **fast alle Gewerkschaften die Fortführung des Streiks erklären.** Durch die Arbeiterschaft ging eine ungeheure Erbitterung. Der Generalrat sah sich gezwungen, den Gewerkschaften zu empfehlen, **von sich aus weiterzustreiken. So ging am Tage nach dem offiziellen Abbruch des Generalstreiks der Kampf im ganzen Lande in der Form von Einzelstreiks weiter.**

Das Hauptergebnis des Verrats der Rechten war, daß **die Front der Arbeiterklasse** ungeheuer **zersplittert** worden war.

3. Baldwin und der Streikabbruch

Im englischen Unterhaus erklärte Baldwin, der Premierminister, zur Frage des Streiks: **Die Regierung habe kein anderes Versprechen gegeben, als daß diejenigen, die der Regierung im Verlauf des Streiks geholfen haben, nicht darunter leiden sollen (!).** Diesem Bekenntnis, die Regierung würde nur für die Streikbrecher eintreten, fügte Baldwin an: **Es sei zweifellos schwierig, dieses Versprechen mit der Wiedereinstellung aller Arbeiter in Uebereinstimmung zu bringen (!).** Damit kündigte Baldwin die Unterstützung der Regierung dafür an, Hunderttausende der streikenden Arbeiter aufs Pflaster zu werfen. Die bürgerliche „Vossische Zeitung" schätzt die **Zahl derjenigen, die gemaßregelt werden sollen, auf eine Million Arbeiter.**

Wenn die rechten Führer, die **Macdonald** und **Thomas** — gegenüber dem vollen Einsatz der Staatsgewalt zugunsten der Unternehmer gegenüber der Eröffnung des schärfsten politischen Kampfes von seiten der englischen imperialistischen Regierung —, immer wieder den unpolitischen Charakter des Kampfes betonen, **so war das ganz bewußter Verrat.** Es war von ihrer Seite die wohlüberlegte Vorbereitung der Zersplitterung und Abwürgung des Generalstreiks. Sie wollten die Aufrollung der Klassenfronten in England mit all ihren **politischen** Konsequenzen, mit der Perspektive der schärfsten **Radikalisierung großer Arbeitermassen,** verhindern. Aber auch die linken Führer, wie Cook, verstanden es nicht, die Perspektive dieses Riesenkampfes gegen das Unternehmertum und die mit ihnen verbündete Staatsgewalt richtig zu erkennen. Cook erklärte: „Wir **kämpfen nicht gegen die Verfassung, wir kämpfen um Brot."** Er **verstand nicht, daß die Einsetzung der vollen politischen Macht des Staates zugunsten der Unternehmer auch von** seiten der Arbeiterklasse **die Aufrollung der schärfsten politischen** Kämpfe gegen **die Ausbeuterklasse und ihre Regierung notwendig** machte. So konnten die Rechten besser ihren Verrat vorbereiten.

Der Verrat der englischen Rechten wurde unterstützt durch die systematische Sabotage, **die Meldungen zu Ungunsten der Streikenden von seiten der Reformisten in allen Ländern.** Der „Vorwärts" tat sich dabei besonders **hervor.** Auch am Freitag, nach Vorliegen der Erklärung Baldwins, wagte er noch dazu zu schreiben, daß die englische Arbeiterschaft es in der neuen Phase des Kampfes „nicht mit der Regierung, sondern mit den Unternehmern allein zu tun habe". Und er spricht von dem „Geist der Rankünе, die bei einem Teil des Unternehmertums herrsche".

4. Die Fortsetzung des Kampfes und die Radikalisierung der Arbeiter

Der Generalrat des englischen Gewerkschaftskongresses sah sich in einer Erklärung, die sich gegen die brutal einsetzenden Unternehmerangriffe auf die Streikenden wandte, zur Anweisung gezwungen: **Die Gewerkschaften würden diesen Bestrebungen den äußersten Widerstand leisten. Die Arbeiter dürfen keine anderen Arbeitsbedingungen annehmen als die, die vor dem Streik bestanden haben.** Unter diesen Losungen ging — neben dem verschärft fortgeführten Kampf der Bergarbeiter — **der Kampf der anderen Arbeiterkategorien in England weiter.**

Der Streik hatte, gegenüber dem zentral geleiteten Generalstreik, in seiner **zweiten Phase der zahlreichen Einzelstreiks** eine ungeheure Zuspitzung erfahren. Die englischen Arbeiter sahen erbittert, wie die angeblich „demokratische" Regierung sie verhöhnte. **Sie erlebten praktisch, daß die Staatsgewalt nicht über den Klassen, sondern auf seiten der Kapitalistenklasse steht. Die Arbeiter sahen zugleich, wie schamlos der Verrat der Macdonald, Henderson und Thomas den Unternehmern in die Hände arbeitete und die brutalsten Unternehmervorstöße vorbereitete.** Die rechten Führer, die zur Verhinderung der Radikalisierung der Arbeiterschaft den Generalstreik abwürgen wollten, hatten durch ihren Verrat die neue Phase des Streikes eingeleitet — **eine Phase des erbitterten Kampfes, die zu einer schärfsten Radikalisierung großer Arbeitermassen und zur Zerschlagung ihrer demokratischen Illusionen führen muß.** Der Schwindel vom „unpolitischen Charakter des Streiks" wird Hunderttausenden und Millionen von englischen Arbeitern **klar werden.**

5. Die Vollendung des reformistischen Verrates

Nach zweitägigem Weiterkämpfen schloß die Eisenbahnergewerkschaft, unter Führung des berüchtigten Thomas, ein „Kompromiß" mit den Eisenbahngesellschaften ab. **Dieses stellt den Höhepunkt reformistischer Verräterei dar.** Die Gewerkschaft gab zu, mit der Streikanweisung **„rechtswidrig" (!)** gehandelt zu haben und gestattet den Gesellschaften, **Schadenersatzforderungen an die Streikenden** zu stellen. Die Gewerkschaft verpflichtet sich, in Zukunft **vor jedem Streik mit den Gesellschaften zu verhandeln, wodurch also jeder Sympathiestreik unmöglich wird.** Eine **Massenmaßregelung** durch **„Versetzung der Angestellten", „Einstellung nach Alter"** und **Nichtwiedereinstellung derjenigen, die sich „Ausschreitungen" zuschulden kommen ließen, ist in dem Ab**kommen enthalten.

Wie dieser Schandvertrag auf die erbitterten Eisenbahner wirkte, zeigt die Meldung der Eisenbahnerdemonstration in Glasgow, in der Plakate mit der Aufschrift **„Nieder mit Thomas!"** getragen wurden. Auch in der Vollzugsausschußsitzung der Bergarbeiter wurde von vielen Delegierten **der Generalrat heftig angegriffen, und die rechten Führer wurden von ihnen als Verräter bezeichnet. Die Thomas, Henderson und Macdonald haben Wind gesät und werden Sturm ernten!**

In einer neuen Unterhausrede kündigte Herr Baldwin am Freitag einen neuen Regierungsvorschlag an die kämpfenden Bergarbeiter an — ein Vorschlag, der ein erheblich **verschlechterte Auflage des Samuel-„Kompromisses" ist. Die Regierung will für eine kurze Uebergangszeit** eine staatliche **Subvention von 3 Millionen Pfund** an die Bergwerksbesitzer zahlen. **Aber schon in dieser Uebergangszeit sollen Lohn und Arbeitszeit** von einer Kommission **bestimmt werden,** in der **die Unternehmer** zusammen mit den Regierungsvertretern **die Mehrheit haben.** Dabei **soll jetzt schon eine Lohnkürzung** in **Kraft treten, der sich später auch natürlich die Arbeitszeitverlängerung anschließen wird.**

Diese Regierungsvorschläge sind alles andere als geeignet, die **Empörung und Radikalisierung der Bergarbeiter abzudämpfen.** Gegenwärtig geht außerdem **der Kampf der Transportarbeiter und Drucker in verschärfter Form gegen ihre Unternehmervorstöße** weiter, **während in der Textil- und Bauindustrie die Arbeit wieder aufgenommen ist;** jedoch auch **hier mit zahlreichen Maßregelungen.**

Die „Vossische Zeitung" zeigt, daß die kapitalistischen Blätter genau sehen, wie die Entwicklung unvermeidlich nach dieser Richtung läuft. Sie meint, daß **eine Million Gemaßregelter in England die „Kerntruppe einer kommunistischen Partei"** bilden werden. **Die Kommunistische Partei Englands ist nach dem offenen Verrat der rechten und der Unklarheit der linken Gewerkschaftsführer vor große Aufgaben gestellt.**

Gefahren des Opportunismus

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Die Partei hatte in den letzten Monaten eine ebenso scharfe, als erfolgreiche Diskussion über Grundfragen der kommunistischen Taktik mit den ultralinken Gruppierungen zu führen. Erfolgreich nicht nur deshalb, weil trotz der nicht nennenswerten Absplitterungen die Einheitlichkeit und innere Geschlossenheit der Partei größer wurde, sondern, weil sie half, den grundsätzlichen Boden unserer Arbeit in den Massen zu befestigen. Wenn auch noch in manchen Parteikreisen die Diskussion als überflüssig empfunden wird, so ist es bereits klar, daß diese in Kürze auch ihre Früchte in der Massenarbeit tragen wird.

Die Partei mußte sich oft und oft dagegen verwahren, daß sie gegen die Ultralinke kämpfe, weil diese den Kampf gegen den Opportunismus für notwendig halte, sie hingegen nicht. Die Partei ist gegen die Ultralinken, nicht — weil diese etwa den Kampf gegen den Opportunismus zu scharf, sondern weil sie ihn meistens nur mit „radikalen" Worten und selten an Hand konkreter Tatsachen führen. Diese Methoden des ultralinken Kampfes gegen den Opportunismus bedeuten die Rettung des Opportunismus und seiner Verfechter. Darauf muß um so mehr die Aufmerksamkeit der Parteimitgliedschaft gelenkt werden, als sich in der letzten Zeit in der Parteipraxis Beispiele von opportunistischen Entgleisungen häufen, die sowohl im Interesse der Reinheit der Linie der Partei, als auch der revolutionären Massenarbeit vor der Parteiöffentlichkeit aufgeklärt und verbessert werden müssen.

Oft wurde betont, daß es gerade der Kampf um die Herstellung der proletarischen Kampfesfront gegen die Bourgeoisie ist, indem von Parteiorganen die Notwendigkeit, die führende Rolle der Kommunistischen Partei niemals und unter keinen Umständen zu vergessen, nicht berücksichtigt wird. Ein krasser Fall einer solchen Entgleisung mußte von der Partei bei der Ausnützung der Auseinandersetzungen im thüringischen Reichsbanner verzeichnet werden. Der Redakteur des thüringischen Parteiorgans, der „Neuen Zeitung", Genosse Thomas, glaubte oppositionell gestimmte Sozialdemokraten dadurch zu Sympathisierenden der Kommunistischen Partei machen zu können, daß er über das revolutionäre Gesicht der Partei eine reformistische Maske zog, um prinzipielle Anschauungen der Partei in der Frage der Eroberung der politischen Macht und der Stellung der Arbeiterklasse zum kapitalistischen Staate ins Sozialdemokratische verfälschte. Dies zeugt nicht nur von absoluter Grundsatzlosigkeit und Unsicherheit in den Grundfragen des Kommunismus überhaupt, sondern auch von einem völligen Verkennen der Ziele der Einheitsfrontaktik, die nicht in der Schaffung irgendwelcher formloser oppositioneller Stimmungen der Arbeiterschaft liegen, sondern in der Organisierung eines großen, in allen unmittelbaren Tagesfragen linken, d. h. unbedingt antikapitalistischen und antireformistischen Flügels der deutschen Arbeiterbewegung bis zu dessen völliger Auflösung in die Kommunistische Partei.

Dies ist die **eine** Gefahrenquelle. Die andere, auf die die Partei besonders gegenwärtig in stärkstem Maße hingewiesen werden muß, liegt in der Gewerkschaftsarbeit sowie in der Ausnützung der Parlamente zur Mobilisierung der Massen. Wir wollen nur einige krasse und typische Beispiele aus der Parteipraxis herausheben, die den Charakter verschiedener opportunistischer Fehler beleuchten.

Die Thüringer Bezirksleitung teilt mit, daß von 16 Kartellen und von den 130 Gewerkschaftsorganisationen, die sich unter kommunistischer Führung befinden, in den letzten drei Wochen nicht eine einzige Gewerkschaft eine Resolution für die Durchführung des Volksentscheids und der Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder im Sinne der Kommunistischen Partei angenommen wurde, trotzdem entsprechende Anweisungen ergingen. Die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre sind verpflichtet, das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder in der Linie der jeweilig höchstmöglichen Aktivität auszunützen. Niemals kann durch Passivität und „Neutralität" in den für die Arbeiterschaft wichtigen Fragen ein stärkerer Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften erzielt werden.

Ein anderes Beispiel, das bereits behandelt wurde, aber auch hier hervorgehoben werden soll. Als im Januar die kommunistische Liste im Zentralverband der Fleischer in Berlin eine starke Zweidrittelmehrheit erhielt, verzichtete die kommunistische Fraktion auf die Besetzung der Funktionärposten mit der Begründung, „man solle lieber die SPD. abwirtschaften lassen". Was liegt dieser absolut opportunistischen Taktik zugrunde? Eine völlige Verzichtleistung auf die aktive, führende Rolle der Partei in der Gewerkschaftsarbeit, der Unglaube an die Kraft der revolutionären Gewerkschaftsarbeit, letzten Endes der Verzicht auf die Gewinnung der Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaften überhaupt. Dies ist Opportunismus von der gefährlichsten Sorte.

Die Vorgänge bei den Neuwahlen der Ortsverwaltung Essen des Metallarbeiterverbandes sind noch in Erinnerung der Partei. Dort verhandelte die kommunistische Fraktion unmittelbar mit der SPD.-Fraktion vor Aufstellung der Liste, anstatt mit der parteilosen Gruppe und den linksgestimmten sozialdemokratischen Arbeitern. Das Ergebnis war eine Niederlage der kommunistischen Liste. Der Fehler, den unsere Genossen in Essen begingen, ist anderer Art, als der vorhergegangene, aber auch seine Quelle ist opportunistisch.

Aber nicht nur in den Gewerkschaften, auch im Betrieb eröffnet die Passivität der kommunistischen Fraktionen dem Opportunismus Tür und Tor. Wie soll beispielsweise die Kommunistische Partei in Nordenham eine werbende Kraft auf die Arbeiter ausüben, wenn die Direktion der Friedrichswerft öffentlich erklären kann, sie habe nur noch „friedliebende" Kommunisten im Betrieb. Ein solches Attest der Betriebsleitung ist das schlimmste Zeugnis für unsere dort arbeitenden Genossen. Es beweist, daß diese die opportunistische Passivität dem aktiven Kampf Seite an Seite mit den Genossen, die von derselben Direktion gemaßregelt wurden, vorziehen. Eine solche Taktik muß zu einer schweren Schädigung des Einflusses der Partei in dem betreffenden Orte führen.

Aber nicht nur in der Gewerkschaftsarbeit und in der Taktik der Einheitsfront, besonders auch in der Parlamentsarbeit müssen ausgesprochene opportunistische Entgleisungen allzu häufig festgestellt werden. Wir wollen von vielen nur ein Beispiel vermerken: die Stellung der kommunistischen Fraktion des pommerschen Provinziallandtags gegenüber dem Provinzialetat. Dieser Etat teilt sich in ein Ordinarium und ein Extra-Ordinarium. Die kommunistische Fraktion glaubte, dem Ordinarium (ordentlicher Etat) zustimmen zu können, wenn ihr Antrag zum Extra-Ordinarium auf Ausschreibung von 3,5 Millionen Mark für Wohnungsbau angenommen werde. Dieser Antrag wurde von der kompakten Junkermehrheit abgelehnt, so daß unsere Fraktion nicht in die für sie sicherlich nicht besonders angenehme Lage kam, für das Ordinarium stimmen zu können. Die Einstellung der kommunistischen Fraktion zum Etat ist zweifelsohne eine ausgesprochene opportunistische gewesen. Vor allem deshalb, weil der pommersche Provinziallandtag ein typisch schwarzweißrotes Parlament ist, das die Arbeiterschaft mit allen Mitteln knebelt. Aber nicht nur da, alle Posten des Etats entsprechen der agrarischen Räuberpolitik.

In dieser Situation war es die Aufgabe unserer Fraktion, vor allem den arbeiterfeindlichen Charakter des agrarischen Budgets den Massen klar aufzuzeign. Der Etat war aber unter allen Umständen, ohne Klauseln, abzulehnen. Diese Stellung konnte die Kommunisten natürlich nicht hindern, auf alle mögliche Weise für Erhöhung der Ausgaben für soziale Zwecke einzutreten.

Dies nur ein Fall. Das Zentralkomitee mußte bereits früher in anderen Fällen eingreifen. Gegenwärtig ist es besonders die Bewilligung von Steuern, wo sich kommunistische Fraktionen opportunistischer Fehler schuldig werden lassen.

Ein anderes, worauf die Aufmerksamkeit unserer Parteiorgane gelenkt werden soll, ist die Sprache der kommunistischen Funktionäre in den Parlamenten. Es ist absolut opportunistisch und schädigt die Interessen der Partei, wenn manche kommunistische Parlamentsvertreter glauben, mit Rücksicht auf die Sozialdemokraten und die „Sachlichkeit" der Beratung, ihren Reden die agitatorische Note nehmen zu können. Man kann sachlich für die Forderungen der Arbeiterschaft auch im Parlament eintreten, ohne in den Sprachgebrauch der bürgerlichen und sozialdemokratischen „Anständigkeit" — lies Opportunismus — zu verfallen.

Es ist Pflicht der führenden Parteiorgane, diesen Erscheinungen ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen und in jedem Falle Abweichungen von der kommunistischen Linie vor der Parteiöffentlichkeit zu korrigieren. Die unaufhörliche Kontrolle der gesamten Fraktionsarbeit gehört nach wie vor zu unseren wichtigsten Parteiaufgaben. Geschieht dies nicht, dann können aus derartigen „Entgleisungen" in einer Zeit größerer Kämpfe schwere Gefahren für die Partei entstehen. Zur Herausbildung einer wirklich bolschewistischen Massenpartei gehört auch in der Zeit des Kampfes gegen die ultralinken Abweichungen die dauernde Wachsamkeit und Bekämpfung der opportunistischen Gefahren. Das Zentralkomitee fordert alle Parteiorgane auf, diesem Grundsatz der kommunistischen Taktik bei der Behandlung und Entscheidung sämtlicher Parteifragen die ernsteste Beachtung zu widmen.

Regierungsvorstoß gegen die Erwerbslosen

Im Sozialpolitischen Ausschuß wurde am Sonnabend die **Erwerbslosenfürsorge** behandelt. Der Vorsitzende schlug vor, nur über die Verlängerung der gegenwärtigen Sätze zu beraten und die Behandlung der von der Regierung geplanten Zwischenlösung erst nach der Regierungsbildung vorzunehmen.

Gegen diese Absicht der Regierung **protestierte Genosse Rädel** mit aller Schärfe. Die Regierung wolle der **Lohnherabsetzung die Herabsetzung der Erwerbslosensätze folgen lassen.** Der Zentrumsvertreter erklärte, seine Fraktion habe die Festlegung der Höchstgrenze auf 75 Prozent des Lohnes bereits früher verlangt. Darauf kam es zu einem Zwischenfall, als der Regierungsvertreter, Dr. Weigert, an die Feststellung, daß das Zentrum den Standpunkt der Regierung teile, die Bemerkung knüpfte, **die Meinung des Zentrums sei ihm viel wichtiger als die der Kommunisten.** Genosse Schwan stellt in aller Schärfe fest, daß diese Mißachtung der kommunistischen Fraktion sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richte. Darauf wurde die **Fristverlängerung** mit 10 gegen 5 Stimmen bis Ende Juni **beschlossen.**

Neues vom Tage

Die „Norge" bei Nome gelandet

Neuyork, 16. Mai.

Die Agenturen melden aus Nome (Alaska), daß die „Norge" ohne Zwischenfall gelandet ist.

*

Amundsen gibt über seine Nordpolfahrt **folgenden vorläufigen** Bericht heraus:

Die Nordpolexpedition hat auf ihrer Fahrt kein Neuland entdeckt. Das Schiff geriet hinter dem Eispol in schwere Nebelwolken, die sich jedoch zeitweilig teilten, so daß ein Ueberblick über die Gegend möglich war. Hierbei wurden lediglich ungeheuere Eismassen festgestellt. Im Laufe der Fahrt bildeten sich an allen Teilen des Schiffes Eisschichten. Die Mannschaft mußte infolgedessen dauernd die hierdurch entstehenden Beschädigungen am Schiff flicken. Die „Norge" erreichte, ohne vom Kurse abzuweichen, Point Barrow. Hier wurde das Wetter aber derart schlecht, daß eine Kursänderung beschlossen wurde, da sonst die Gefahr bestand, daß das Schiff im Nebel auf die Berge Alaskas stoßen könnte. Die genaue Orientierung war bei Point Barrow infolge des außerordentlich stürmischen Wetters nicht mehr möglich.

Die „Norge" flog darauf, die Küste Alaskas links lassend, der Beringstraße zu. Es wurde hierbei erwogen, unter Umständen in Sibirien landen zu können. In der Beringstraße bildeten sich wieder neue Eisschichten. Da das Flickmaterial verbraucht war und die Mannschaft sich in einem außerordentlich erschöpften Zustand befand, geriet das Schiff in einen kritischen Zustand. Aus diesem Grunde wurde beschleunigte Landung beschlossen. Das Schiff erreichte in 71stündiger Fahrt am Freitagmorgen Teller, wo eine Notlandung stattfand.

*

Aus dieser Meldung geht noch nicht hervor, ob Amundsen überhaupt den Nordpol erreicht hat. Die „Norge" ist zur Verschiffung nach den Vereinigten Staaten bereit gemacht. Demnach mußte der Erfolg der Expedition für die Forscher befriedigend gewesen sein.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0003
DFG

Versammlungen der KPD.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 5237

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Ammendorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 19. Mai, abends 7½ Uhr, im „Burgschlößchen". Tagesordnung: Bericht vom Bezirksparteitag und Wahl der Ortsleitung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Dölau. Mittwoch, 19. Mai, abends 8 Uhr, bei Richter, Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Mansfeld (Seekreis)

Teutschenthal. Gemeinsame Mitgliederversammlung der Ortsgruppen Teutschenthal, Hergisdorf, Etsdorf, Langenbogen Dienstag 18. Mai, abends 8 Uhr, im „Würdenhof". Referent Genosse Lessig, Eisleben.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch

Wittenberg-Piesteritz. Gemeinsame Mitgliederversammlung der beiden Ortsgruppen Dienstag, 18. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg. Alles muß erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Untergau Halle-Saalkreis

Geschlossener Spielmannszug. Dienstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr, Antreten am Hettstedter Bahnhof zum Ueben.
Reideburg-Büschdorf. Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, bei Bauermann Mitgliederversammlung. Vertreter der Gauleitung anwesend.

Jungfront

Bezirk 2 (Süden). Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Bezirkspflichtversammlung.

Untergau Merseburg

Querfurt. Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus" Thaldorf Pflichtversammlung.

Untergau Bitterfeld

Brehna. Donnerstag, 20. Mai, abends ½8 Uhr, außerordentl. Mitgliederversamml.

Unterbezirk Wittenberg

Zahna. Jeden Freitagabend 8 Uhr Pflichtversammlung bei Haberland.
Wittenberg. Montag, 17. Mai, ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Funktionärsitzung.
Wittenberg. Dienstag, den 18. Mai, abends ½8 Uhr, Versammlung der Lokalkommission und der Helfer im Gewerkschaftshaus.
Wittenberg. Mittwoch, 19. Mai, abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Generalversammlung.

Untergau Torgau-Liebenwerda

An alle Ortsgruppen des Untergaues!
Die Fahrt nach Berlin und zurück kostet ab Belgern mittels Auto inkl. Versicherung 4.80 Mk. Die Ortsvorsitzenden müssen sofort 4.30 Mk. an Kamerad Rackelmann absenden. Genaue Abfahrt wird durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Untergau Weißenfels

Alle Kameraden, welche an der Fahrt nach Berlin teilnehmen wollen, haben bis zum Montag, 17. Mai, bei den Abteilungsführern oder bei Kamerad Koddula sich zu melden. Auch ist das Fahrgeld bis dahin zu entrichten.
Weißenfels. Alle Kameraden, welche mit Fahrrad nach Berlin fahren, treffen sich am Mittwoch, dem 19. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus-Keller.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Piesteritz. Montag, 17. Mai, abends 8 Uhr, im „Volksheim" Mitgliederversammlung.
Delitzsch. Mittwoch, 19. Mai, abends 8 Uhr, im „Lindenhof" wichtige Funktionärsitzung. Alle Funktionäre müssen restlos erscheinen. Ferner müssen alle Unterkassierer die Amnestiepostkarten bis zum 20. Mai abgerechnet haben.
Ammendorf. Donnerstag, 20. Mai, 8 Uhr, in der „Burg" Funktionärversammlung.

Bekanntmachung

Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter den Viehbeständen der Firma Reinhold Haubner und des Oberpostschaffners a. D. Friedrich Sehnert, hier, erloschen ist, werden die durch unsere viehseuchenpolizeilichen Anordnungen vom 13. und 15. April d. J. aus den Grundstücken Gerbstedter Straße 22 und Steinkopfstraße 41 gebildeten Sperrbezirke aufgehoben. Die betreffenden Gehöfte werden in das durch unsere viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 22. März d. J. aus dem übrigen Stadtteil gebildete Schutzgebiet überführt.

Eisleben, den 11. Mai 1926. **Die Polizeiverwaltung.**

Volkspark
Morgen, Dienstag, abds. ¾8 Uhr
Französischer Meister-Abend
ausgeführt vom 40 Mann starken Orchester, Leitung: Kapellmeister Schütze, Leipzig
Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 30 Pf.
Abonnement für 18 Konzerte 5 Mk.
Nebenkarte 3 Mk. 1896

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Bezirksleitung. Heute, Montag, abend 8 Uhr im Jugendsekretariat Sitzung.
Jugendgenossen! Zur besseren Schulung unserer Genossen finden jetzt regelmäßig die einzelnen Gruppenabende statt. Jedes Mitglied hat an diesen Zusammenkünften unbedingt teilzunehmen. **Zentralvorstand.**
Montag, ½8 Uhr, im Jugendbureau Zusammenkunft aller Fortbildungsschüler. Jeder hat zu erscheinen.
Achtung, Zehnerschaftsführer. Montag von 6 bis 8 Uhr findet in der Produktiv-Genossenschaft die Abrechnung statt. Nur an diesem Tage kann von jetzt an noch abgerechnet werden. **Zentralvorstand.**
Dienstag ½8 Uhr im „Volkspark" Mitgliederversammlung des DMV. Alle im Metallarbeiterverband organisierten Genossen müssen unbedingt daran teilnehmen.
Mittwoch abend 7 Uhr Treffen an der Linde (Glaucha) zur Abendwanderung. Alle Genossen, die Instrumente besitzen, müssen dieselben mitbringen.
Ammendorf. Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Post" Diskussionsabend. Thema: „Das ABC des Kommunismus."
Ammendorf. Freitag, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Post" Unterhaltungsabend.
Schkeuditz. Heute, Montag, abend 8 Uhr Funktionärsitzung.
Papitz-Modelwitz. Mittwoch, den 19. Mai, Fragezettel-Diskussion.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Querfurt. Dienstag, 18. Mai, vormittags 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Alles hat zu erscheinen!

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Hettstedt. Donnerstag, den 20. Mai, Diskussionsabend beim Genossen Wittig.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Dienstag, 18. Mai, vormittags 10 Uhr, in der „Herberge" Erwerbslosenversammlung. Referent der BL.
Weißenfels. Donnerstag, den 20. Mai, Fortsetzung der Jungarbeiterschule. Alle Genossen müssen erscheinen.
Zeitz. Freitag, den 21. Mai, Beginn der Jungarbeiterschule.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung lade ich zu einer Sitzung auf **Donnerstag, 20. Mai 1926, nachmittags 5 Uhr,** nach dem Sitzungssaale hierdurch ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Einführung und Verpflichtung zweier Stadtverordneter.
2. Feststellung des Kämmereikassen-Haushalts (Betriebs- und Vermögensverwaltung) der Stadtverwaltung für Rechnungsjahr 1926.
3. Festsetzung der Zuschläge zu den Realsteuern zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages des Haushalts der Kämmereikasse für Rechnungsjahr 1926.
4. Festsetzung der Hundesteuer für Rechnungsjahr 1926.
5. Ersatzwahlen in Kommissionen und Deputationen.
6. Ortssatzung über die Anstellung und Versorgung der Beamten der Stadt Zeitz und die Fürsorge für deren Hinterbliebene.
7. Aenderung der Ortssatzungen für das Gewerbe- und das Kaufmannsgericht.
8. Nachträgliche Bewilligung eines Gesellschafter-Nachzuschusses für die Bauhütte Zeitz und Umgegend (Soziale Baugesellschaft m. b. H.).
9. Unterstützungssätze für Sozial- und Kleinrentner.
10. Neuregelung des Stromtarifs des Eltwerks.
11. Pflasterung des linksseitigen Bürgersteiges der Altenburger Straße von der Liebknecht- bis zur Vater-Jahn-Straße.
12. Entlastung der Abrechnung des Vorschußkontos „Notwohnungen" (Kredit IX).
13. Prüfungsverhandlung über die Sparkasse, Bureau- und Wirtschaftskassen im April 1926.

Zeitz, den 17. Mai 1926. **Der Stadtverordnetenvorsteher.** Goldstein.

Umbauten, Reparaturen, Fassadenputz und Neubauten führt billigst aus:
Fr. Walter, Baugeschäft,
Kl. Klausstr. 14 Fernruf 8072
1900 Preisofferten kostenlos

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung findet am **Freitag, 21. Mai 1926, abds. 8 Uhr** im Stadtverordnetensitzungssaale statt

Teuchern, den 14. Mai 1926

Der Stadtverordneten-Vorsteher
Otto Bonack 606

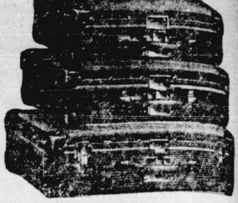
Stadt-Theater
Heute
Montag 8 Uhr
Das Grabmal des unbek. Soldaten
Dienstag 7½ Uhr
Palestrina
Mittwoch 8 Uhr
Heimliche Brautfahrt

Ehepaar (Gen.) sucht möbl. Zimmer. Offert. unter Nr. 1898 a. Verl.

Sch. Kinderwagen b. z. verk. Alter Markt 16 I

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Für die Pfingstreise!
Billiges Angebot in Koffern



mit Vulkanfiberecken .3,95 3,65 **3,45**
Echt Lehna-**Vulkan** . .9,50 8,95 **8,50**

Steinweg 45
Gr. Ulrichstr. 9
Reilstr. 1
SOBEL
Ammendorf
Cöthen
Könnern

Dienstag früh in der

in blutfrischer Qualität:

Kabeljau **Seelachs**	ohne Kopf Pfund nur	**23** ₰
Schellfisch **Goldbarsch**	ohne Kopf Pfund	**28** ₰
Karbonaden **Bratscholle**	bratfert. Pfd. . . . Pfund	**35** ₰
Scholle, groß **Rotzunge**	. . Pfund . . . . Pfund	**60** ₰
Austernfischkarbonad.	Pfd.	**80** ₰

Ferner täglich aus dem Rauch:
Ger. Schellfisch, Seelachs, Goldbarsch, Flundern, echte Makrelen, Makrelenbücklinge, Schlei- und Kielerbücklinge

Ferner hochfeine zarte
Matjesheringe
Stück 15, 25, 30 und 40 ₰

Walhalla-Theater
Gestern zur Premiere jubelnder Beifall!
Der neueste große Operettenschlager:
Das Amorettenhaus
Musik von Leo Ascher
hatte einen fabelhaften Erfolg!
Sichern Sie sich rechtzeitig gute Plätze
Preise nicht erhöht
(0,60 1,50 2,00 2,50 usw.
Tageskasse ab 11 Uhr ununterbrochen
Anfang 8 Uhr Tel. 886

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlung**
Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

Modernes
Spezialgeschäft für Augenoptik
Diplom-Optiker
A. Rößler
staatl. geprüft. Optikermeister
Lieferant sämtl. Krankenkassen
Weißenfels
Nicolaistraße 5
Telephon 777

Bitterfeld
Elektro-Material
Radio-Apparate u. Zubehör
billigst bei
Willi Krause
Weinbergstr. 5

Farben
gibts unendlich viele
die besten liefert
Farben-Thiele
Wittenberg
Jüdenstr. 4

Trinkt
Bitterfelder Bier!!
Ueberall!

Kleiderstoffe, Baumwollwaren
Unterwäsche für Damen und Herren
Berufskleidung
Kurz- u. Wollwaren
kaufen Sie immer gut und preiswert bei
Erich Rosenhagen
Manufaktur- u. Modewaren
Piesteritz

Jeden Donnerstag
Schlachtefest
ff. hausschlacht. Wurst
Moritz Neumann
Bitterfeld
Dessauer Str. 19

Weißenfels
Gewerkschafts Haus
Marienstr. 48 Marienstr. 48
Zentralverkehr
aller freiorganisierten Arbeiter u. Angestellten
Bewirtung in eigener Regie
Bestgepflegte Getränke. Billige u. reichl. Speisen
30 Zeitungen — Kein Verzehrszwang
Versammlungs- u. Konferenzzimmer
Allen Parteigenossen als gastliche Heimstätte empfohlen

Pa. Weizen- und **Roggenmehl**
Futtermittel und Hülsenfrüchte
empfiehlt
Fritz Schlisski
Weißenfels
Merseburger Str. 26

Volksbuchhandlung
Wittenberg
Jüdenstr. 10
Jüdenstr. 10 und
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Außerdem werden Aufträge an Drucksachen und Inseraten entgegengenommen

Zigarren-Spezialgeschäft und Frisier-Salon
von
Richard Kolbe
Piesteritz
Coswiger Straße 179
hält sich bestens empfohlen

Luisen-Bad
Weißenfels
Geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Herren- und Knaben-Modenhaus
von
Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr. 22
und
Mittelstraße 36

Schuh-Reparatur-Werkstatt
Paul Löchel
Piesteritz
Eigene Werkstatt für Maßarbeiten
Mühlstraße

Fahrräder und Zubehörteile
empfiehlt zu billigsten Preisen
Fr. B. Weiß
Fahrradfabrik Wittenberg
Vertreter von: Möwe-, Göricke-, Gritzner- u. Mars-Fahrräder
Verkaufsstellen:
Wittenberg, Markt 5, Merseburg und Zschornewitz

Lebensmittel
gut und billig kaufen Sie **nur** bei
Hulda Hollstein, Weißenfels
Leipziger Straße 6 Fernruf 27

Große Auswahl in
Regenmäntel
mit Bezug für Herren u. Damen
Außerdem:
Herren- u. Damenkonfektion
in reichhaltiger Auswahl
Teilzahlung gestattet
S. Ruschewitzky
Bitterfeld Hallesche Str. 7

Prima hausschlacht. Wurstwaren
zu billigsten Tagespreisen empfiehlt
Dorndeck, Bitterfeld
Am Wasserturm Am Wasserturm

Am vorteilhaftesten kauft man
Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung
im Möbel- und Warenhaus
J. Preminger, Wittenberg
Jüdenstraße 7 Jüdenstraße 7
Stets auf Lager: Wohn- und Kücheneinrichtungen, einzelne Möbelstücke

36

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Neuer Anschlag des BAV.-Hauptvorstandes gegen die Einheit des Verbandes

Bergarbeiter, verhindert das Zerschlagen Eurer Organisation!

Eine Reihe unserer Parteigenossen des Ruhrgebietes haben in der vorigen Woche vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes folgendes Schreiben erhalten:

Bochum, 6. Mai 1926.

Werter Kamerad!

Durch das „Ruhr-Echo" ist auf Donnerstag, 22. April, abends Uhr, eine Sitzung der Bezirksgewerkschaftsabteilung einberufen worden. Es handelt sich hier um die sogenannten Zellen, die innerhalb der freien Gewerkschaften durch die Kommunistische Partei gebildet werden. **Durch die Generalversammlungsbeschlüsse von Gießen und Dresden ist die Teilnahme an derartigen Zellenversammlungen untersagt und mit dem Ausschluß bedroht.**

An dieser Sitzung am 22. April 1926 sollst Du nun teilgenommen haben, weshalb gegen Dich ein Antrag auf Ausschluß aus dem Verband gestellt worden ist. Wir bitten, Dich zu der Anschuldigung bis zum 12. d. M. zu äußern.

Mit besten Gruß gez. Klein.

*

Was will der Vorstand mit diesem Schreiben bezwecken? Will er den Verband noch mehr zerstören, will er die Bergarbeiter vollends dem Grubenkapital ausliefern. **Husemann und Limbertz beschweren sich, daß sie keine Lohnkämpfe führen können, weil die Bergarbeiter nicht genügend organisiert sind.** Sie leiten aber eine Aktion ein, um alle Kommunisten aus dem Bergarbeiterverbande auszuschließen. **Ein Ausschluß der kommunistischen Bergarbeiter aus dem Bergarbeiterverband bedeutet aber die vollkommene Zerstörung des Verbandes, die restlose Auslieferung der Bergarbeiter an das Grubenkapital.**

Keinen anderen Sinn als die Zerstörung des Verbandes hat obiges Schreiben nicht. Die demagogische Auslegung der Beschlüsse des Gießener Verbandstages soll hier die Handhabe geben zum Ausschluß der Kommunisten aus der Organisation.

Es ist niemals ein Geheimnis daraus gemacht, daß die Kommunistische Partei auf Bezirke, Unterbezirke, Ortsgruppen und Zellengruppen aufgebaut ist und daß in diesen Leitungen die Arbeit auf verschiedene Abteilungen verteilt ist, daher auch für die Gewerkschaftsarbeit zur Beachtung aller gewerkschaftlichen Bewegungen, nicht nur der freien, sondern auch der christlichen Gewerkschaften, der Beamten usw. eine Unterabteilung der Bezirksleitung als Abteilung Gewerkschaft besteht. Um die Sitzung der Gewerkschaftsabteilung des Bezirks, die ein Teil der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei des Bezirks ist, handelt es sich hier.

Wenn also der Verbandsvorstand den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes verbieten will, **sich an der Leitung der Kommunistischen Partei zu betätigen,** sei es an der Bezirksleitung, Unterbezirks-, Orts- oder Zellengruppenleitung, und wenn er darin einen Verstoß sieht, der gegen die Gießener Beschlüsse des Verbandstages sich richtet, so ist die logische Konsequenz davon, **daß er ihnen verbieten will, Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein.** Der Kampf, den der Verbandsvorstand hier eröffnen will, richtet sich also nicht gegen irgendeinen Zellen- oder Fraktionsbau im Verband, **sondern gegen die Kommunistische Partei.**

Der Verbandsvorstand muß sich aber darüber klar sein, daß in diesem Kampf nicht die Kommunistische Partei zerstört werden kann, sondern daß dieses Schicksal nur den Bergarbeiterverband — zum Schaden aller Bergarbeiter — treffen könnte. **Das darf aber unter keinen Umständen geschehen. Nicht eine Schwächung des Verbandes, sondern seine Stärkung wollen die Kommunisten.**

Darum rufen wir allen Bergarbeitern, allen Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes zu: **Setzt Euch zur Wehr gegen das unerhörte Vorgehen des Verbandsvorstandes, verhindert den Ausschluß der Kommunisten aus dem Verbande, nehmt in allen Zahlstellen dazu Stellung und zwingt den Vorstand, seine verbrecherischen Absichten sofort einzustellen.**

Zu den Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn A.-G.

Alle Stimmen der Liste des Einheitsverbandes

Vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird geschrieben:

Betriebsrätewahlen

Am 18. und 19. Mai wählen die Eisenbahner für ein Jahr Betriebsräte. Mit den örtlichen Betriebsräten wird gleichzeitig der Bezirks- und Hauptbetriebsrat gewählt. Auf allen Dienststellen sind Vorschlagslisten des **Einheitsverbandes eingereicht.** Wenn auch nur eine Liste vorliegt, müssen Stimmzettel **abgegeben werden, weil sonst alle Stimmen für den Bezirks- und Hauptbetriebsrat verlorengehen.**

Betriebsrätewahlen! Das Wort ist nicht neu. Seit Jahren kehrt es regelmäßig wieder; seit Jahren verläuft das „Wahlgeschäft" immer wieder in den längst bekannten Formen. Die Betriebsräte sind gewohnte, alltägliche Tatsachen, ihr Wirken ist eine Selbstverständlichkeit.

In diesem Zustande der Gewöhnung haben viele den Blick verloren für den Wert **der Existenz und der Rechte der Betriebsräte.**

Unsere Betriebsräte haben ihre Tätigkeit jetzt ein volles Jahr unter dem Regime der Reichsbahn-Gesellschaft ausgeübt. **Rücksichtsloser Abbau, Zerstörung der Rechte der Beamten, Versetzung der Beamten in das Arbeiterverhältnis und Verdrängung von Arbeitern durch diese Beamten, Verweigerung jeglicher Lohn- und Gehaltserhöhung, Bekämpfung des Rechts auf Vereinbarung des Tarifvertrages u. a. m. sind Taten der reaktionären Reichsbahn-Hauptverwaltung.**

Die Generalabrechnung wird kommen, sobald Zeit und Gelegenheit ist. Jetzt jedoch wollen und dürfen wir feststellen, daß alle diese reaktionären Bestrebungen der Reichsbahn-Gesellschaft noch viel unheilvoller auf die Lage der Beamten und Arbeiter eingewirkt hätten, wenn diese unheilvollen Wirkungen nicht abgeschwächt worden wären durch den

Widerstand rückgratfester Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Organisation des Einheitsverbandes.

Insofern, als unser Gegner sich verändert hat, wie seine Taten zeigen, insofern sind diese Wahlen, denen wir jetzt entgegengehen, etwas Neues. Es handelt sich nicht nur um ein „Wahlgeschäft", **sondern um eine Erneuerung des großen Kampfes für das Recht der Betriebsräte.** Die Wahlbewegung muß der Ausdruck einer Erneuerung des Kampfwillens aller Eisenbahner sein. **Ein Wahlsieg des Einheitsverbandes ist der Wille zum Kampfe um ein besseres Recht der Arbeiterklasse und ihrer Vertretung der Gewerkschaften und Betriebsräte.**

Es gibt am 18. und 19. Mai nur eine Parole:

Alle Stimmen dem Einheitsverband!

Tarifkündigung in der Niederlausitzer Metallindustrie

Kollegen, duldet keinen Lohnabbau!

Die Metallindustriellen der Niederlausitz haben zum 31. Mai Lohntafel und Manteltarif gekündigt mit der Absicht, eine Reihe **Verschlechterungen in den Arbeitsbedingungen** durchzudrücken. So sollen an die Stelle der bisherigen Abmachungen über Mindestlöhne solche über den Höchstlohn treten. Die **Ueberstundenzuschläge** sollen **fortfallen** und die Lohnspanne zwischen Facharbeiter-, Angelernten- und Arbeiterinnen-Löhne vergrößert werden. Auch in den Akkordsätzen sind erhebliche Verschlechterungen vorgesehen. **Der Urlaub soll nicht mehr bezahlt werden** und im Höchstfalle vier Tage betragen! Im Lauchhammerwerk soll auch die dort übliche Lieferung von 80 Zentnern Kohle gestrichen werden.

Der DMV. Magdeburg-Anhalt hat seinerzeit den Anschlag der Metallindustriellen mit Erfolg zurückgeschlagen und nach kurzer tarifloser Zeit eine Neufestlegung der alten Bestimmungen erreicht. Auch im Niederlausitzer Gebiet muß durch die geschlossene Organisation der Metallarbeiterschaft der Unternehmer-Vorstoß **restlos abgewehrt werden — im Interesse auch der anderen** Arbeiterschichten.

Kollegen und Kolleginnen! Nehmt in allen Betrieben Stellung. Helft, daß im ganzen DMV. der Weg gefunden wird, um zu gleicher Zeit in den verschiedenen Bezirken erfolgreich vorzustoßen über die Abwehr von Verschlechterungen zu eigenen Forderungen!

Die Verschmelzung der Glas- und Porzellanarbeiter

Jetzt, wo die Verschmelzung vollzogen werden soll, haben viele sozialdemokratisch eingestellte Kollegen im Glas- und Porzellanarbeiterverband Bedenken, sich für die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband zu entscheiden, weil dieser keine Kampforganisation sei, weil ihm die Unterstützungseinrichtungen zum Selbstzweck der Organisation geworden wären, und was dergleichen Einwände mehr sind. Die Kollegen möchten daher lieber den Anschluß an den Baugewerksbund, in welchem sie eine Kampforganisation sehen.

Würden sie den Baugewerksbund genauer betrachten, dann werden sie finden, daß er ebensowenig, entsprechend den veränderten kapitalistischen Verhältnissen, eine höhere Kampffähigkeit aufzuweisen hat, wie der Fabrikarbeiterverband. Die Kollegen lassen sich blenden von den vielen Teilkämpfen, die der Baugewerksbund noch z. T. erfolgreich führen konnte. Sie übersehen aber, daß das nur möglich war, weil die Konzentration im Baugewerbe noch nicht in dem Maße fortgeschritten ist, wie in anderen Industriezweigen. Im Grunde genommen sind die Kampfmethoden und die Praxis des Baugewerksbunds die gleichen rückständigen wie in allen anderen Gewerkschaften.

Wenn also die sozialdemokratischen Kollegen für die Verschmelzung sind, um besser und erfolgreicher in ihrem Gewerbe kämpfen zu können, als bisher, dann müssen sie für die **Aenderung der Kampftaktik in den Gewerkschaften** eintreten. Nicht dadurch beheben sie die Schwierigkeiten, indem sie nach einer Organisation suchen, wo es größere Kampfmöglichkeiten gibt, sondern sie müssen mitwirken an der Beseitigung der veralteten Kampfmethoden.

Wird das im Fabrikarbeiterverband erreicht, dann kann dieser eine viel größere Macht gegenüber dem Unternehmertum entfalten, als der Baugewerksbund, weil er seine Hauptstützungspunkte in der chemischen Industrie hat, die produktionstechnisch viel enger an die keramische Industrie gebunden ist, als das Baugewerbe.

Es ist richtig, daß der Fabrikarbeiterverband durch sein Unterstützungswesen an Kampffähigkeit einbüßen muß. Wir sind auch überzeugt, daß der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes in den letzten Monaten, wo er ungeheure Summen für Erwerbslosen- und Krankenunterstützung aufbringen mußte, sehr wenig Freude an dieser Einrichtung gehabt hat. Vorausgesetzt, die sozialdemokratisch eingestellten Kollegen im Glas- und Porzellanarbeiterverband haben noch nicht den Glauben verloren, daß sie in der Organisation oft was zu sagen haben, was würde dann im Wege stehen, **dafür zu wirken, daß das Unterstützungswesen so gestaltet wird, daß die Kampffähigkeit nicht darunter leidet.** So steht es aber auch mit allen anderen Fragen. Z. B. mit der Frage, daß die Leitung des Keramischen Bundes eine größere Selbständigkeit bei der Einleitung, Entfaltung und Führung von Kämpfen in der keramischen Industrie erhält und nicht erst zu warten braucht, bis der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes seine Zustimmung gegeben hat. Hier sollten die Kollegen einheitlich den gleichen Willen bekunden und nicht nach zwei Seiten ziehen.

Für die Glas- und Porzellanarbeiter kann es **nur eine Entscheidung** geben, und das ist der Zusammenschluß mit dem Fabrikarbeiterverband. In dieser Organisation müssen sie wirken, daß alle Schwierigkeiten, die einer Entfaltung der Kampfkräfte im Wege stehen, beseitigt werden.

Nur keine Einheit!

Die Angst der Reformisten

Der **Volksentscheid** um die Fürstenenteignung steht vor der Tür. Da kann auch der ADGB. nicht schweigen. Eine furchtbare Gefahr bedroht ihn. Die Herren in Berlin zittern, daß bei dieser Gelegenheit **sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaftsmitglieder in einer Front,** Schulter an Schulter kämpfen werden. Sie fürchten, daß dabei das reformistische Seelenheil ihrer Getreuen Schaden leiden könne und daher beginnen sie heute schon zu rufen: Nur keine Einheit, hütet Euch vor den Einheitskomitees, denn sie dienen nur der „Zersplitterung". Um diese echte ADGB.-Logik, daß Einheit zur Zersplitterung diene, zu beweisen, fühlt sich die „Gewerkschaftszeitung" bemüßigt, zwei Spalten lang ein kommunistisches Rundschreiben über Einheitskomitees abzudrucken. Sie hat dabei nur das Pech, daß dieses Rundschreiben gerade den Beweis liefert, daß **die Einheitskomitees** den Kommunisten keine Manöverangelegenheit und keine Zersplitterungstaktik bedeuten, sondern **eine Waffe gegen das Kapital,** eine Waffe im Kampf um die Enteignung der fürstlichen Räuber. Ausdrücklich heißt es nämlich in diesem Rundschreiben (die „Gewerkschaftszeitung" **druckt es auch ab**):

„Wichtig ist jedoch, daß die Zusammensetzung der Einheitskomitees sich ungefähr dem Stärkeverhältnis der Organisationen anpaßt."

Wenn nun die Reformisten, wie sie behaupten, überall **so eine** überwältigende Mehrheit der Arbeiterschaft hinter sich haben, so würden sie ja dann auch die Einheitskomitees vollständig beherrschen und sie hätten nicht den geringsten Grund, den Zusammenschluß der Arbeiterschaft zu sabotieren.

Aus der Angst des ADGB. vor dem Zustandekommen der Einheitskomitees ist also der Schluß zu ziehen: Die ADGB.-Führer sind im Gewerkschaftskampfe am Ende ihres Lateins angelangt. Bei der straffen Organisation und der scharfen Offensive des Unternehmertums, bei der dauernden Massenarbeitslosigkeit versagen ihre alten Gewerkschaftsmethoden und sie wissen sehr genau, daß die Massen entweder aus den Gewerkschaften strömen, oder aber die von der Opposition verfochtene **Gewerkschaftspolitik des zusammengefaßten konzentrischen Arbeiterangriffs** sich zu eigen machen werden. Sie wollen jede Berührung zwischen revolutionären und sozialdemokratischen Arbeitern vermeiden, weil sie die Werbekraft des Gedankens der klassenkämpferischen Gewerkschaftstaktik fürchten. Aber ihre Bemühungen werden ihnen nicht viel nützen, die Not zwingt die Arbeiter zusammen, und kein Leipart und Graßmann wird das deutsche Proletariat daran hindern können, in gemeinsamer Front dem Kapitalismus entgegenzutreten.

„Wirtschaftsführung und Wirtschaftsdemokratie"

Aber gerade im **Anschluß** an die Erwägung, daß im Rahmen des Wirtschaftssystems in keinem Staat die Regierung die wirtschaftlichen Kräfte richtunggebend zu beeinflussen vermag, tritt sehr oft die Vorstellung auf, als ob zwar nicht die Regierung, wohl aber gewisse Interessentengruppen die „Volkswirtschaft" führten, und zwar nicht zur denkbar besten Befriedigung des Lebensbedarfes aller, wohl aber im einseitigen Interesse gewisser Volkskreise, indem alle Wirtschaftskräfte planmäßig eingesetzt und einheitlich gelenkt würden. Man argwöhnt eine Führung der „Volkswirtschaft" durch das Kapital und verlangt Mitbestimmung durch die Arbeit. Die Vorstellung, als ob die Kapitalisten etwa die in Deutschland vorhandenen Wirtschaftskräfte planmäßig und einheitlich so verwendeten, daß wenigstens für das Kapital der denkbar beste Erfolg erzielt würde, und daß man sich an dieser Führung nur zu beteiligen oder auch sich gewissermaßen nur an das Steuer des fahrbereiten Automobils zu setzen brauche, um in der richtigen Richtung fahren zu können, gehört ebenso in den Bereich primitivster Demagogie wie etwa die Erklärung, daß eine Anzahl „internationaler Juden" als geheime Drahtzieher irgendwo sitzen und die Geschäften der Welt zum Vorteil dieser Auserlesenen in dieser oder jener Richtung führen. Es ist ja gerade einer der Hauptvorwürfe, der vor allem von seiten der Sozialisten gegen die herrschende Wirtschaftsform gerichtet wird, daß in ihr die Kräfte gegeneinander laufen, daß sie ohne einheitliche Führung sei, daß die Zersplitterung der Produktionsmittel in der Hand der Privaten den einheitlichen Einsatz aller Produktivkräfte unmöglich mache und daß die Ergiebigkeit auch im Sinne des Kapitals herabsetze. Gewiß drängt die Erkenntnis der nutzlosen Vergeudung bedeutender Werte im Konkurrenzkampf der vielen gegeneinander auch im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems die Unternehmer zu einheitlicher Zusammenfassung weiter Kräftegruppen, gewiß macht sich in der Verwendung der Produktionsmittel im zunehmenden Maße eine Organisation bemerkbar, gewiß sind es schon verhältnismäßig große Kreise von Unternehmungen, die gleiche wirtschaftliche Interessen gemeinsam unter klarer Führung vertreten, gewiß gibt es Interessen, die allen Kapitalisten eines Landes, ja selbst über Landesgrenzen hinaus, gemeinsam sind, vor allem die möglichst weitgehende Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft, aber daneben gibt es ebensoviel, was die einzelnen Gruppen trennt, und getragen wird das kapitalistische Wirtschaftssystem letzten Endes von Interessengegensätzen. — Eine zentrale Leitung der Wirtschaft, die durch Beteiligung aller Betroffenen, insonderheit durch Hinzuziehung der Arbeitnehmer, aus einer autokratischen in eine demokratische verwandelt werden könnte, gibt es heute nicht. Diese Erkenntnis findet auch in der Entschließung des Breslauer Gewerkschaftskongresses ihren Ausdruck, in der es heißt: „Indem der Kongreß diese Forderung erhebt, betont er ausdrücklich, daß die von der Verfassung versprochene gerechte Wirtschaftsordnung und die verheißene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung eine grundsätzliche Neugestaltung der Wirtschaftsordnung voraussetzt, welche die in der kapitalistischen Tauschwirtschaft in viele Einzelwirtschaften zersplitterten Wirtschaftskräfte einheitlich zusammenfaßt und damit eine Wirtschaftsführung in dem von den Gewerkschaften erstrebten Sinne überhaupt erst ermöglicht."

Was man als Wirtschaftsführung in der Gegenwart zu erkennen glaubt, ist einmal eine von einzelnen Gruppen ausgehende Beeinflussung der Wirtschaftspolitik. Wenn aber schon der gesamte durch die Politik auf die Wirtschaft ausgeübte Druck auf den Namen einer „Führung" keinen Anspruch machen darf, so kommt diese Bezeichnung noch viel weniger den Kräften zu, die sich lediglich durch das Mittel dieser Politik Wirkung verschaffen, und seien sie noch so zielsicher am Werk. Auf der anderen Seite erscheint manchem als Wirtschaftsführung, was nichts weiter ist als die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Macht der Besitzer der Produktionsmittel, vor allem, wenn es gilt, diese Macht gegen die Arbeiter durchzusetzen. Zumeist verschmelzen beide Vorstellungen miteinander. Das ist z. B. der Fall in den Ausführungen Robert Schmidts auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß: „Wir haben eine Wirtschaftsführung, und es stände schlecht um die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft, wenn sie nicht eine Führung zum Ausdruck brächten. Hier auf dem Gewerkschaftskongreß ist es uns immer wieder entgegengetönt, daß der Einfluß der Unternehmerorganisationen auf die Wirtschaft viel zu stark ist und der Einfluß der Gewerkschaften fehlt. Der Einfluß auf die Wirtschaft macht sich geltend durch die großen Unternehmerverbände, und dieser Einfluß spiegelt sich auch wider in unserer gesamten politischen Konstellation, in der Regierung und im Parlament, denn dort werden die großen wirtschaftlichen Fragen entschieden. Die Frage der Steuerpolitik ist eine Frage der Wirtschaft und der Wirtschaftsführung. Die Frage der Zollpolitik und damit im Zusammenhang der Abschluß von Handelsverträgen, das ganze Gebiet des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung — das alles ist in enge Verbindung zu bringen mit den wirtschaftlichen Aufgaben und mit der gesamten Wirtschaftsführung . . . Eine Einheitlichkeit in der Führung ist vorhanden, aber was wir zu kritisieren haben, und was der Unterton der ganzen Debatte war, ist: Diese Führung gefällt uns nicht, sie ist einseitig kapitalistisch." *) Demgegenüber muß klare Entscheidung gefordert werden. Was ist gemeint, wenn man sagt: Wir haben eine Wirtschaftsführung. Entweder man glaubt an das Vorhandensein einer zentralen Wirtschaftsleitung, an der man, wenn einem nur das Gesetz das Recht zuerkennt, teilnehmen, und die man im Rahmen des kapitalistischen Systems alsdann segensreich „führen" könne — dann bedarf es zum Erfolge nur der richtigen Anwendung des politischen Einflusses, oder aber man sieht eine „Wirtschaftsführung" in der Tatsache, daß die Verfügung über die wirtschaftlichen Machtmittel den entscheidenden wirtschaftlichen Einfluß den Kapitalisten in die Hand gibt — dann muß man Anteil an diesen wirtschaftlichen Machtmitteln zu erringen suchen. Ob das einfach durch Anteilnahme an der Führung geschehen kann, oder ob eine grundsätzlich andere Organisation der Wirtschaft Voraussetzung einer anderen Machtverteilung ist, soll eine nähere Untersuchung dieser wirtschaftlichen Machtzentren der Unternehmer zeigen. Dabei wird es zunächst vor allem darauf ankommen, zu erkennen, daß diese Machtzentren als reine Erwerbswirtschaften eine vollkommen andere Art von Wirtschaft darstellen als jene Einzelwirtschaften der Familien, die als Vollwirtschaften in der Bedarfsdeckung ihr Ziel sehen und das Vorbild abgeben für eine Volkswirtschaft, die man zur Wirtschaftsdemokratie auszugestalten wünscht . . .

Der Weg über das Einzelunternehmen zur Wirtschaftsdemokratie würde etwa folgendes Aussehen haben: Die Mitbestimmung an der Einordnung der Arbeit in den Betrieb ist zu erweitern zur Uebernahme der Leitung des Betriebes durch die in ihm Arbeitenden, zur Betriebsdemokratie, die alsdann durch Uebertragung des Eigentums am Unternehmen zur Unternehmungsdemokratie würde, was eine Zielverschiebung der Unternehmung und seine Verwandlung in eine Produktionsgenossenschaft zur Folge hätte. Endlich wäre die Unterstellung der Produktionsgenossenschaft unter einen Gesamtwillen durchzuführen und damit die Wirtschaftsdemokratie erreicht.

Wir haben die Möglichkeit, diesen Weg zu gehen, trotz aller Bedenke zunächst einmal annehmen müssen, um überhaupt zu einer Klärung des verschwommenen Begriffs der Wirtschaftsdemokratie zu kommen und vor allem eines herauszustellen: Wirtschaftsdemokratie erfordert eine einem Gesamtwillen unterstehende Gesamtwirtschaft als eine auf Bedarfsdeckung eingestellte Vollwirtschaft und geht damit hinaus über die heute das Wirtschaftsleben beherrschende Wirtschaftsart der Unternehmung, da diese eine nur auf Erzielung von Tauschwertüberschuß gerichtete reine Erwerbswirtschaft ist. . . .

(Schluß folgt.)

*) Protokoll des Breslauer Gewerkschaftskongresses a. a. O., S. 249 f.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0005
DFG

Halle und Saalkreis

Proletarische Hilfsbereitschaft

Die Belegschaften der **Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle** und des **Allgemeinen Konsumvereins** haben beschlossen, **5 Prozent ihres Einkommens der JAH. für die englische Solidaritätsaktion zu überweisen.**

*

Die hallischen Arbeiter für ihre englischen Arbeitsbrüder

Zweite Quittung der JAH., LA. Halle-Merseburg

Belegschaft Baustelle Bertram	Liste Nr. 153	5,50 Mk.
Belegschaft Baustelle Konsum, Königstr.	Liste Nr. 154	12,— Mk.
Belegschaft Baustelle Roßbachstr.	Liste Nr. 155	9,— Mk.
Belegschaft Baustelle Holzmann, Weingärten	Liste Nr. 158	6,75 Mk.
Ortsgruppe Seeben	Liste Nr. 164	21,— Mk.
Belegschaft Baustelle Ebert	Liste Nr. 168	3,50 Mk.
Belegschaft Baustelle Stadtgutweg, Berl. AG.	Liste Nr. 166	32,— Mk.
Belegschaft Baustelle Wörmlitzer Straße	Liste Nr. 167	7,10 Mk.
Belegschaft Baustelle Böllberger Weg	Liste Nr. 168	40,60 Mk.
Gesamtbelegschaft Produktiv-Genossenschaft	Liste Nr. 183	269,90 Mk.
Angestellte der JAH.	Liste Nr. 184	18,— Mk.
Fußballspiel ASC. — Cröllwitz	Liste Nr. 186	10,— Mk.
Ortsgruppe Friedrichsschwerz (Heinrich)	Liste Nr. 296	8,50 Mk.
Belegschaft der Firma Marx & Co.	Liste Nr. 604	5,60 Mk.
Belegschaft der Firma Prinzler, Ammendorf	Liste Nr. 614	28,50 Mk.
Belegschaft der Firma A. L. G. Dehne	Liste Nr. 618	25,80 Mk.
Belegschaft der Firma Dicker & Werneburg	Liste Nr. 619	20,70 Mk.
Belegschaft der Firma Hall. Schraubenfabrik	Liste Nr. 625	6,70 Mk.
Belegschaft Hüttenwerk Trotha	Liste Nr. 676	16,80 Mk.
Belegschaft der Baustelle Berl. AG.	Liste Nr. 160	8,— Mk.
Belegschaft der Firma Hama	Liste Nr. 675	5,— Mk.
	Summa:	560,45 Mk.
	Bereits quittiert:	222,75 Mk.
	Zusammen:	783,20 Mk.

Die Belegschaften der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle und des Allgemeinen Konsum-Vereins Halle haben beschlossen, 5 Prozent des Einkommens für die englischen Bergarbeiter abzuführen.

Im Bezirk haben am Sonnabend und Sonntag eine Anzahl Werbeveranstaltungen, Sammlungen usw. stattgefunden, über deren Ergebnis in den nächsten Tagen berichtet wird.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, gegen Maßregelung und für das Recht der gewerkschaftlichen Organisationen geht unvermindert weiter. Darum müssen in **allen Betrieben, Baustellen usw. die Sammlungen für die JAH. fortgesetzt werden.**

Dringend fordern wir die Kollegen in Halle wie auch im Bezirk auf, die Abrechnung der Listen sofort vorzunehmen.

Die oben quittierte Summe ist dem Zentralvorstand der JAH., Berlin, überwiesen.

Landesausschuß der JAH., Halle-Merseburg.

*

Handballspiele hallischer Arbeitersportler zugunsten der englischen Bergarbeiter

ASC. gegen Minerva am Mittwoch, dem 19. Mai, 6½ Uhr, auf der Peißnitz.

Wörmlitz gegen Fichte am Donnerstag, 20. Mai, ½7 Uhr.

Arbeiter, **bekundet Eure Solidarität! Sorgt für Massenbesuch!**

Morgen sind wir obdachlos

Wie groß das Wohnungselend in Halle ist und wie es noch durch das Treiben der Hausbesitzer verstärkt wird, zeigt ein Vorfall, der uns mitgeteilt wird. **In der Adolfstraße 1 wohnt der Milchhändler Max Hunger, wegen seiner „nahrhaften“ Milch schon mehrfach vorbestraft, der gleichzeitig Hausbesitzer ist.** Sein Haus ist in so blendendem Zustand, daß in einer Wohnung im Dezember 1924 ein Ofen eingefallen ist. Trotz mehrfacher Bitte der Mieter ließ er den Ofen nicht wieder aufbauen, so daß sie es selbst bezahlen mußten und außerdem einen Schaden von über 100 Mark hatten, da durch den Ofeneinsturz Leder verbrannt ist. Die Mieter haben nun einen Teil des Betrages von der Miete abgezogen, worauf der Hausbesitzer sie auf Räumung verklagte. Fünf Termine blieben für ihn erfolglos, im sechsten endlich erwirkte er das Urteil, daß die Mieter, ohne Ersatzraum zu beanspruchen, die Wohnung zu räumen hätten. Die Mieter hatten sich vorher bereits beim Bauverein eingekauft, um aus dem Hause herauszukommen. Es war ihnen auch eine Wohnung versprochen. Aber als es nun soweit kam, wurde ihnen eröffnet, daß sie keine Wohnung erhalten würden. Der Grund hierfür war, daß der Betreffende roter Frontkämpfer wäre.

„Morgen sind wir also obdachlos, und wir wissen nicht wo wir hin sollen“, schloß der Bericht. **Ja, wir leben in einer göttlichen** Gesellschaftsordnung.

Kreistag des Saalkreises

Große Koalition bei Etatberatung — SPD. für Gefängnismethoden an Jugendlichen — Die eigene Regie in der Döllnitzer Mühle — Die Brücke von Könnern

Der Kreistag des Saalkreises, der in der vorigen Woche tagte, hatte sich noch einmal mit der Etatberatung zu beschäftigen, da Herr Grützner es für nötig gehalten hat, die Beschlüsse des Kreistages über die Etataufstellung zurückzuweisen, **ohne sie überhaupt dem Bezirksausschuß vorgelegt zu haben.** Ein Schreiben, das er hierzu an den Kreisausschuß des Saalkreises richtet, beginnt echt wilhelminisch mit den Worten: „Ich muß es ablehnen . . .“

Bei dieser Etatberatung war nun die Rolle der einzelnen Parteien sehr interessant. Während bei der ersten Etatberatung eine Reihe kommunistischer Anträge mit Zustimmung der SPD. angenommen wurden, die sich auf soziale Positionen bezogen, und während die SPD. für die Kriegsbeschädigten selbst einen Antrag auf Erhöhung der Position um 5000 Mk. gestellt hatte, zog sie ihrem Regierungspräsidenten und Landrat zuliebe sich von all diesen Anträgen zurück. Daß die Bürgerlichen der Herabsetzung dieser Positionen mit Freuden zustimmten, war natürlich kein Wunder. Trotzdem mußte aber, um einen Ausgleich des Etats herbeizuführen, wie ihn die Grütznersche Regierungspolitik verlangt, eine Erhöhung auch derjenigen Steuern eintreten, die allgemeinhin auf die Schultern der breiten Masse abgewälzt werden und zu deren Erhöhung unsere Genossen aus diesem Grunde unter keinen Umständen ihre Zustimmung geben konnten.

Unsere Genossen verlangten einen Ausgleich des Etats durch die Rückvergütung einer Schuld der Kreissparkasse an den Saalkreis. Dies wurde aber, nachdem Landrat Müller sehr lange und beschwörende Ausführungen gemacht hatte, von SPD. und Ordnungsblock abgelehnt. So zeigte sich also das Bild der Großen Koalition, was gerade für den Saalkreis ein sehr bedeutsames Licht auf die Politik der SPD. wirft, die doch manchmal nicht umhin konnte, der proletarischen Politik unserer Genossen Folge zu leisten, weil ihre Wähler sie sonst ganz im Stich gelassen hätten. Aber wenn es darauf ankommt, die Linie der Severing, Hörsing und Grützner zu halten, ist die SPD. nur allzu bereit, ihre eigenen Anträge abwürgen zu helfen. Der „reformierte“ Etat wurde also von Ordnungsblock und SPD. angenommen, von unseren Genossen aber abgelehnt.

Die reichhaltige Tagesordnung beschäftigte sich dann mit der Uebernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft für die Baugenossenschaft „Selbsthilfe“, Döllnitz, die angenommen wurde. Bei dem dritten Punkt, Beschlußfassung einer Einführung einer anderweitigen Kreisjagdsteuerordnung wurde von unseren Genossen der Antrag gestellt, bei der Regierung dahin zu wirken, daß in Zukunft wieder mehr als 15 Prozent Jagdsteuer erhoben werden dürfen. Es werden mindestens 30 Prozent verlangt, da dies eine Steuer ist, welche nicht die Massen belastet. Mit Ausnahme der Gutsbesitzer wird dieser Antrag angenommen.

Bei der Beschlußfassung über Einführung einer Kreissatzung für Berufsschulen kommt es zu einer längeren Debatte. Das Mitglied des Ordnungsblocks, Gutsbesitzer Beil, verlangt ländliche Berufsschulen. Unsere Genossen beantragen einige Aenderungen, besonders Streichung des Satzes, **daß eine Schulhaft bis sechs Stunden während der Freizeit erlaubt sei.** Bei der Abstimmung tritt die SPD. diesem Antrag nicht mit bei, beweist also, daß sie für Gefängnismethoden bei den Berufsschulen ist. Angenommen dagegen wird der kommunistische Antrag, daß der Unterricht immer in die Arbeitszeit zu fallen habe.

Ferner wird die Einführung einer neuen Sparkassensatzung erörtert. Unsere Genossen verlangen, daß an Stelle des Kreisausschusses ein Vorstand, den der Kreistag zu wählen hat, gesetzt wird. Es soll damit vor allem bezweckt werden, daß landwirtschaftliche Interessenten, die durch ihre Genossenschaftsbanken direkt gegen die Kreisbank eingestellt sind, ausgeschaltet werden. Direktor Roß von der Kreisbank gibt Auskunft, daß das Zusammenarbeiten in dieser Hinsicht jetzt besser wäre. Aus seinen Worten geht aber nur hervor, **daß die Landwirtschaft zwar Kredite von der Kreisbank nimmt und in weitem Maße erhält, daß die Landwirtschaft aber gegenüber den städtischen Einzahlern zurücksteht.** Herr Beil besaß demgegenüber die Kühnheit, zu dem Kreisausschuß, der jetzt den Vorstand bildet, noch je einen Vertreter der Industrie, Landwirtschaft und des Handwerks hinzuzuwählen. Er zog seinen Antrag später zurück, weil er mit seiner Politik doch nicht durchdringen konnte.

Von bürgerlicher Seite war vor langer Zeit ein Bericht über die Kosten für den Umbau und die Erneuerung des Kreishauses in der Luisenstraße gefordert worden. Dieser Bericht wurde nunmehr gegeben und es stellte sich heraus, daß die Verteuerung gegenüber dem Kostenvoranschlag dadurch entstanden war, daß das Stadtbauamt Halle Veränderungen gefordert hätte. **Die Kosten für diese Instandsetzung und den Umbau in eigener Regie seien aber immer noch bedeutend geringer, als wenn man die Ausführungen an eine Firma vergeben hätte.**

Den interessantesten Punkt bildete die Berichterstattung über den Geschäftsverkehr der Döllnitzer Mühle. Hier sollte erst die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, sie wurde aber wieder zugelassen, und es stellte sich heraus, daß die Prophezeiungen von bürgerlicher Seite, die Döllnitzer Mühle würde durch die eigene Regie in kurzer Zeit nicht nur selbst ruiniert sein, sondern den gesamten Kreis ruinieren, vollständig ins Wasser gefallen sind. Der Geschäftsführer Keitel (auch SPD.) gab einen Bericht, aus dem unzweideutig hervorgeht,

daß die Döllnitzer Mühle sich über alles Erwarten gut entwickelt

und daß sie noch leistungsfähiger sei, so daß der Umsatz noch mehr gehoben werden kann. Direktor Roß von der Kreissparkasse unterstrich die Angaben von Keitel und stellte seinerseits die Rentabilität der Mühle in weitestgehendem Maße fest. Der Ordnungsblock sah sich hierauf gezwungen, seinen Antrag auf eine besondere Kommission, die über die Mühle zu wachen habe, zurückzuziehen. Die Monierungen, die unsere Genossen betreffs der Arbeitszeit in den Mühlenwerken vorbrachten, erledigten sich mit der Feststellung, daß mit der Beschaffung eines neuen Lastzuges und eines neuen Motors auch diese Mängel behoben sein werden.

Nach der Wahl von zwei Amtsvorstehern und einem stellvertretenden Amtsvorsteher wurde die Aufnahme einer Anleihe von 500 000 Mark gebilligt (es handelt sich hier um einen formellen Beschluß), und nach Erledigung von weiteren kleinen Punkten kam wieder die berühmte Könnerner Brücke aufs Tapet. Es wird beantragt: Der Kreistag wolle beschließen, zwecks Erbauung einer Eisenbetonbrücke über die Saale an der Georgsburg bei Könnern tritt der Saalkreis auf Grund des Zweckverbandsgesetzes dem zu bildenden Zweckverband bei, stellt einen Betrag von 150 000 Mark zur Verfügung bzw. übernimmt die selbstschuldnerische Bürgschaft für diesen Betrag. Bürgermeister Twiehaus-Wi[illegible] begründet den Antrag in längeren Ausführungen an Hand von Unterlagen und Kartenprojekten. Im Laufe der Diskussion wurde ihm entgegengehalten, daß die Sache in finanzieller Hinsicht nicht so rosig sei, wie der Herr Bürgermeister es darzustellen versuchte, da **außer dem Mansfelder Seekreis auch die Provinz abgelehnt habe, sich an der Brücke zu beteiligen.** Es wurde beschlossen, das ganze Projekt dem Kreisausschuß zu überweisen, der bei den Verhandlungen die Beteiligten hinzuzuziehen hat.

Die Einwohnerzahl Halles

hat am 1. Mai 1926 eine kleine Steigerung gegenüber dem 1. April 1925 aufgewiesen; sie betrug am 1. Mai 194 940 Personen oder 112 Personen mehr als am 1. April 1926. Seit dem 1. Mai 1925 ergibt sich eine Zunahme von 1 393 Personen, während kurz vor dem Weltkriege der jährliche Zuwachs in normalen Jahren mehr als doppelt so hoch war.

Die Zahl der Lebendgeburten steht im April 1926 mit 341 Fällen um 20 Fälle höher als im April des Vorjahres, was ziemlich genau dem Mehr an Einwohnern entspricht. Immerhin ist die **Geburtenziffer neuerdings im Sinken,** denn auf 1000 Einwohner wurden in Halle lebend geboren:

In den ersten vier Monaten 1926 27,8 Kinder,
1925 28,2 Kinder,

jedesmal einschließlich der Ortsfremden, die etwa ein Sechstel bis ein Siebentel aller Lebendgeburten umfassen.

Der verhältnismäßig starke Fortzug der letzten Zeit hat auch im April 1926 noch gewirkt; zwar ist der April-Fortzug absolut kleiner als der Zuzug, aber nicht wie in früheren Jahren um 800 bis 1000 Köpfe, sondern nur um 109 Köpfe.

Erfreulich ist es, daß die Sterbefälle immer weiter abnehmen trotz der Zunahme der Einwohnerzahl hat der April 1926 nur 183 Sterbefälle in der Wohnbevölkerung gegen 193 im April 1925 gehabt.

*** Alle in den Zellen und Zellengruppen als Funktionär tätigen Genossinnen haben Dienstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft zu erscheinen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen.**

* **„Volkspark.“** Morgen, Dienstag, abend ½8 Uhr findet das zweite Sommerkonzert als „französischer Meisterabend“ statt. Abonnementskarten werden an der Abendkasse ausgegeben und Neuanmeldungen werden noch angenommen. Um den Erwerbslosen den Besuch der Konzerte zu ermöglichen, wird unter Vorzeigen der Stempelkarte ein Eintrittspreis von 30 Pf. erhoben.

Metallarbeiter! Morgen, Dienstag, abends 7½ Uhr im „Volkspark“ Mitgliederversammlung

Automobil oder Postkutsche?

Bitte keins von beiden, sondern man gehe in Neuyork hübsch zu Fuß, wenn man es eilig hat. Wo das vorkommt? In dem Vortrag, den am Sonnabend der Afa-Bund im Thaliasaal von Herrn Dr. Busse halten ließ. Er schilderte die Schattenseiten eines Automobilbesitzerlebens in beweglichen Worten und zeigte einen Film aus den Ford-Werken, der schon zwei Jahre zurückliegt. Sein Vortrag aber liegt nicht nur zwei Jahre zurück, sondern war einfach Postkutschenideologie. Das wäre nur lächerlich, wenn es nicht gefährlich wäre. Man kann nicht mehr bewundernd untergehen vor der Tatsache des laufenden Bandes, und man darf es schon gar nicht, wenn man von freigewerkschaftlicher Seite den Auftrag erhält, sich zu der Frage Ford zu äußern. Es ist jedoch eine bekannte Tatsache, daß der ADGB., seitdem einige seiner Führer überm großen Wasser gewesen sind, den Teufel Kapitalismus mit dem Beelzebub Ford auszutreiben versucht. Daß die Arbeiterschaft dabei unter den Schlitten kommt, hat der von Herrn Dr. Busse gezeigte Film gelehrt. Es war sehr interessant, Bilder von der Fordschen Fabrikationsmethode kennenzulernen, es war oft höchst bewundernswert, wie die technischen Notwendigkeiten sich ineinanderfügen — aber um welchen Preis geht das alles? Zwölf Minuten dauert die Fertigstellung eines Autos, wenn erst einmal die Hauptarbeiten daran verrichtet sind. Aller drei Sekunden kommt ein fertiger Motor „an die Kette“. Und da sieht man auf dem Film die Maschinen sich drehen und ihr präzises Werk tun, und daneben stehen andere Maschinen, Menschenmaschinen, die mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks täglich sieben Stunden dieselben Griffe zu tun haben. Sie sahen auf dem Film ausnahmslos verelendet aus (selbst wenn man in Rechnung setzt, daß der Film optisch übertreibt). Und sie sahen nicht nur verelendet aus, sondern vollkommen verbissen, entsetzlich angespannt und abgespannt — aller drei Sekunden ein Motor.

Herr Dr. Busse hat nicht ein einziges Wort über das Leben der Fordschen Arbeiter gesagt. Er hat ein Loblied auf den gerissensten Unternehmer der Erde gesungen, der übrigens nach der Methode der widerwärtigen amerikanischen Kleinbürgerei zu Beginn des Films sichtbar wird, wie er an einem Bach sitzt und sich des Lebens freut. Nicht ein einziges Wort über soziale Fragen, nicht ein einziger Satz über wirtschaftspolitische Zusammenhänge, nicht die leiseste Andeutung der Tatsache, daß die Ford-Arbeiter sich nicht gewerkschaftlich organisieren dürfen. Dafür aber eine nationalistische Fanfare zum Schluß, es Amerika gleichzutun, zu rationalisieren, was das Zeug hält, damit auch wir unseren Platz an der Sonne …

Das ging also von den Gewerkschaften aus. Und es war schandbar, dies mit anzuhören, weil gerade zu diesem Film marxistische Stellungnahme dringend notwendig gewesen wäre. Die Arbeiter, die Angestellten in den Gewerkschaften bezahlen ihre Beiträge nicht, um Minnesänger für die Rationalisierung zu besolden, weil sie ganz genau wissen, daß sie allzu leicht selbst Opfer dieser Rationalisierungsmethode werden können, wie hunderttausende erwerbsloser Proletarier in Deutschland es seit Monaten sind. Darum gilt es, schärfsten Protest einzulegen gegen diese Art gewerkschaftlicher Verträge, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter aufs schlimmste schädigen und für die Ideologie der gelben Werkvereine ein gefundenes Fressen sind. D.

Für Rolf Gärtner

JRH. — Für das Opfer der deutschen Klassenjustiz und ihres Strafvollzugs ergreift im „Berliner Tageblatt“ H. E. J. das Wort. Er berichtet über ihn folgendes: „Gestern habe ich ihn gefunden … abgezehrt, mit wildem Bart, aber mit sanften braunen Augen. Bitteres Los: für ein paar Verse von Herwegh, für ein paar Verse von Toller ein Jahr ins Gefängnis geworfen zu werden, und für dies Jahr Gefängnis vielleicht gar noch ein Jahr ins Krankenhaus! Ins Siechtum, in die Erwerbslosigkeit! Armer Kerl. Draußen singen die Vögel! Draußen gehen gesunde Menschen, draußen ist Berlin und der Frühling und das Filmwunder des „Potemkin“.

Ueber Krankheit und Gefängnis hat man genügend Schlimmes gehört. Wer rührt gern an diese Dinge? Aber es hilft nichts, es muß heraus. In den drei Minuten, die ich, geleitet vom Arzt, an Gärtners Bett stand, hat er drei Tatsachen erzählt. Er hat bereits während seiner Haft an diesem Magengeschwür gelitten! Er ist nicht ärztlich behandelt worden! Man hat ihm trotz seiner dringenden Bitte keine Krankenkost gegeben! Diese Dinge nicht zu verschweigen, habe ich ihm schwören müssen. Er wollte meine Hand nicht lassen, ehe ich es ihm versprach.“ —

Die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hat ein Hilfskonto Rolf Gärtner errichtet, aus dem er nach seiner Wiederherstellung unterstützt werden soll.

Lest die Inprekorr.

Die Nummern 71 bis 74 der „Internationalen Presse-Korrespondenz“ sind soeben erschienen.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Zum Generalstreik in Großbritannien drei Artikel von D[illegible], sowie Artikel von **Sinowjew, Losowski, Radek, Tom Man,** [illegible] usw., den **Brief des Präsidiums des EKKJ. an die britischen Kommunisten** sowie eine Reihe von **Meldungen über die Kämpfe, über die Einheitsfront zur Unterstützung der britischen Kämpfer und über Solidaritätskundgebungen.**

Die politische Lage in Deutschland. Von Stoecker. — Der Abbruch der Friedensverhandlungen mit Abd el Krim. Von Roussel. — Wirtschaftskrise und Rationalisierung in Deutschland. Von Ludwig.

Die Ergebnisse der Sechsten Tagung des Erweiterten EKKJ. 2. und 3. Von Sinowjew. — Ueber Sozialfaschismus und Defaitismus. Von Manuilski.

Ferner zahlreiche Beiträge über Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, 1. Mai, aus der Internationale, Bauernbewegung, Genossenschaftsbewegung, Nachrufe, Buchbesprechungen usw.

Das **Protokoll der Beratung über die Arbeit unter den Frauen beim Plenum des erweiterten EKKJ.** wird in einer Sondernummer veröffentlicht.

*

Der monatliche Abonnementspreis beträgt für Deutschland 1 Mark; für Oesterreich 2 Schilling; für die Tschechoslowakei 12 Kr.; für die Schweiz 2 Fr.

Die Inprekorr. ist zu beziehen: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III.

Theater und Konzerte

Walhalla-Theater. „Das Amorettenhaus“, eine dreiaktige Operette, die zurzeit das Programm des Theaters ausfüllt, hätte der Aufführung des „Fröhlichen Weinberg“ vorangehen sollen, weil dem Besseren nicht das Schlechtere folgen soll. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die Operette besonders schlecht ist. Sie reiht sich in Sprache, Handlung und Musik jenen unzähligen Operetten an, die sehr bald in Vergessenheit geraten und vielleicht nicht einmal einen Schlager für die Café-Besucher hinterlassen. Die Verfasser Hardt und Steiner-Kaiser haben aber glücklicherweise in den Mitgliedern des Carl-Schultze-Theaters gute Interpreten für ihren Text gefunden. Die gesanglichen Leistungen bleiben hinter den schauspielerischen zurück. Stimmliche Mittel sind eigentlich nur bei [illegible] Hampf zu erkennen. Carl Loebel ist in Maske und Spiel ein echt geiler Greis [illegible] Lippertshausen. Sein Sohn Hans, ein Student, von Fritz Steidl [illegible], ist in keiner Weise real gezeichnet. Das wird durch das flegelhafte Benehmen der hallischen Couleurträger anläßlich der Aufführung des „Fröhlichen Weinberg“ in ihrem [illegible] am treffendsten bewiesen. Mary Jalda als Trampel rückt sich in [illegible] etwas zu weit in den Vordergrund. Alle übrigen, vor allem noch [illegible] Lotte Lang, Theo Prokop und Max Demuth holen durch ihre Bühnen[illegible] aus diesem sonst sehr flachen Stück heraus. Der Titel der Operette und die nackten Amoretten im ersten Akt haben mit dem Inhalt des Stückes nichts zu tun. Nach dem Beifall zu urteilen, den die gestrige Aufführung erntete, wird sich das Stück auch für die nächsten 14 Tage als zugkräftig erweisen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0006

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen

Das Kammergericht hat in der letzten Zeit in Mieterschutzsachen verschiedene Rechtsentscheide getroffen, von denen der Amtliche Preußische Pressedienst folgendes mitteilt:

Ist in einem Verfahren zur Bestimmung des Mietzinses streitig, ob ganz oder teilweise möbliert vermietete Räume eine selbständige Wohnung darstellen, so hat das Mieteinigungsamt seiner Entscheidung den Vortrag des Antragstellers zugrunde zu legen (4. 3. 1926; 17. Y. 7/26).

Ist die Friedensmiete vom Mieteinigungsamt endgültig festgesetzt worden, so kann das Verfahren nicht deshalb wiederholt werden, weil der Eigentümer des vermieteten Grundstücks gewechselt hat (31. 3. 1926; 17. Y. 10/26).

Ist die Friedensmiete durch endgültige Entscheidung des Mieteinigungsamtes festgesetzt worden, so ist ein Antrag auf Feststellung der Friedensmiete unter denselben Parteien nicht mehr zulässig (31. 3. 1926; 17. Y. 16/26).

Neu geschaffen (§ 2 des Wohnungsmangelgesetzes) sind auch Räume, die an Stelle von eingestürzten oder sonst vernichteten Räumen erbaut worden sind (31. 3. 1926; 17. Y. 26/26).

Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst aus einem Runderlasse des Ministers für Volkswohlfahrt mitteilt, sind, um Mißstände zu beseitigen, die sich in dem bisherigen Verfahren bei der Gewährung der Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege herausgebildet haben, die bisherigen Grundsätze des Reichsministers des Innern wie folgt geändert worden:

Die Fahrpreisermäßigung zugunsten der Jugendpflege wird unter tarifarischen Voraussetzungen behördlich anerkannten Vereinen zur Förderung der körperlichen, sittlichen oder geistigen Erziehung der Jugend für von ihnen veranstaltete Ausflüge jugendlicher Personen gewährt, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Als Vereine für die Jugendpflege sind auch Vereine zu verstehen, die nicht als solche, aber in den ihnen angeschlossenen Jugendabteilungen die Förderung der körperlichen, geistigen oder sittlichen Erziehung der Jugendlichen bezwecken. Zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung sind sowohl die Jugendlichen wie die sie als Führer begleitenden älteren Personen mit der im Tarif festgesetzten Beschränkung berechtigt. Die Fahrpreisermäßigung wird sowohl zu Wanderfahrten wie auch zur Beteiligung an sonstigen Veranstaltungen der Vereine, insbesondere auch an sportlichen Veranstaltungen gewährt. Die zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung notwendige behördliche Anerkennung erfolgt durch die von den Landeszentralbehörden bezeichneten Stellen. Das sind für Preußen in Berlin der Oberpräsident in Berlin-Charlottenburg, in den übrigen preußischen Bezirken die Regierungspräsidenten. Für die behördliche Anerkennung kommen die Jugendorganisationen, Jugendabteilungen und die Jugendliche umfassenden Vereine der folgenden Reichsorganisationen in Betracht: Deutscher Reichsausschuß für Leibesübungen, Deutsche Turnerschaft, Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege. Ausnahmsweise kann auch Vereinigungen für Jugendpflege, deren Organisationen sich nicht über das Gebiet des Landes hinaus erstreckt, die Berechtigung zur Inanspruchnahme der Fahrpreisermäßigung gewährt werden, falls die von der Landeszentralbehörde bezeichnete Stelle ihnen jugendpflegerischen Charakter zuspricht. Die behördliche Anerkennung kann in denjenigen Ländern, in denen eine staatlich geförderte Jugendpflegerorganisation besteht, den dieser Organisation angeschlossenen Vereinigungen durch die betreffenden Stellen unter der Voraussetzung der Anerkennung des jugendpflegerischen Charakters ohne besonderen Antrag gewährt werden. Die auf Grund der Prüfung des Antrags auszusprechende Anerkennung wird dem Verein schriftlich mitgeteilt und dient ihm als Ausweis gegenüber der Eisenbahnverwaltung bei der Inanspruchnahme der Ermäßigung. Der Erlaß ist am 1. Mai d. J. in Kraft getreten und bedeutet eine Fahrpreisermäßigung von 50 vom Hundert.

Rüstet zur Pfingstfahrt!

Die kommunistische Jugend, Ortsgruppe Halle, unternimmt an den kommenden Pfingsttagen eine Fahrt nach der Dübener Heide, mit dem Ziel: „Eisenhammer". Für Quartiere daselbst ist gesorgt. Der Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt zusammen zirka 3 Mark. Anmeldungen und Einzahlung des Fahrgeldes bis spätestens Freitag in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends im Jugendbureau.

Jugendgenossinnen und -genossen! Wir erwarten die regste Beteiligung an unserer Pfingstfahrt. Insbesondere werden alle unsere Funktionäre ersucht, sich möglichst vollzählig mit ihren Instrumenten an der Fahrt zu beteiligen.

Auf dem „Eisenhammer" selbst sollen Volkstänze und Spiele stattfinden.

Werbt für die Pfingstfahrt!

Der Ortsvorstand.

Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle

1. Bezirk: Dienstag, 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Versammlung. 2. und 3. Bezirk: Mittwoch, 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Versammlung. 4. Bezirk: Montag, 6 Uhr, im „Volkspark", Versammlung.

Der Entwurf der neuen Landgemeindeordnung vor dem Ausschuß des Preußischen Landtages

Keine Spur von einer kommunalen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung

Von **Guido Heym**, M. d. L.

Nachdem die Städteordnung im Landtag verabschiedet ist, ist nunmehr auch mit der Beratung der **Landgemeindeordnung** im Ausschuß begonnen worden. Drei volle Sitzungstage hat man sich mit der Durchberatung der Zentrumsvorlage im 21. Ausschuß beschäftigt und **wurden durch eingetretene Verhandlungsschwierigkeiten** — die sich besonders bei den Vertretern der Deutschnationalen **und der Volkspartei bemerkbar machten, als es sich um die Beibehaltung der Landbürgermeistereien, Aufhebung der Gutsbezirke** und Aenderung der Bestimmungen der ortspolizeilichen Befugnisse handelte — die weitere Beratung abgebrochen. Den Vertretern im Ausschuß soll erst nochmals Gelegenheit gegeben werden, mit ihrer Fraktion darüber zu beraten. Man hat durchaus kein Interesse, die neue Landgemeindeordnung noch in diesem Jahr Gesetz werden zu lassen, um so die **fälligen Wahlen zu den Gemeindeparlamenten in die Länge zu ziehen.** Weiter wurde von den Deutschnationalen und Volksparteilern geltend gemacht, daß — solange Severing mit seiner neuen Verwaltungsreform nicht fertig sei — es keinen Wert habe, mit der Beratung der neuen Landgemeindeordnung zu beginnen. Severing hat durch seinen Vertreter erklären lassen, daß er bestimmt damit rechne, im Herbst mit der neuen Verwaltungsreform fertig zu sein.

Bei den Sozialdemokraten fehlte auch die notwendige Energie einer schnellen Durchberatung der Gesetzesvorlage. Zunächst hatten sie Abänderungsvorschläge **nicht** gestellt, sondern sich lediglich auf die angenommenen Paragraphen der Städteordnung gestützt. Der sozialdemokratische Berichterstatter **Kleinmeyer** hielt eine Berichterstattung für **überflüssig.** So setzte man die Beratung bis zu § 95 durch. Heute schon muß gesagt werden, daß der **Gesetzentwurf über die preußische Landgemeindeordnung nicht die Verwirklichung irgendwelcher Arbeiterforderungen bringt.** Die Sozialdemokraten, die in dem alten Ausschuß mitberaten haben, sind vor den übrigen bürgerlichen Parteien mit ihren Arbeiterforderungen immer mehr **zurückgewichen.** **Von einer kommunalen Selbstverwaltung und Selbstbestimmung ist nichts vorhanden. Das alte reaktionäre System der Aufsichtsbehörden und des Verwaltungsstreitverfahrens wird restlos beibehalten. Die kommunistischen Abänderungsanträge auf Vereinfachung des gesamten Verwaltungsapparates** und in den kommunalen Streitfällen die nächstliegenden Instanzen, den Kreisausschuß und Kreisrat anzurufen, und darüber hinaus den Provinziallandtag und Ausschuß, **wurden mit Hilfe der Sozialdemokraten niedergestimmt.** Ebenso wurde der **kommunistische Antrag: Wahl der besoldeten und unbesoldeten Landbürgermeister, Gemeindevorsteher und Schöffen auf 1 Jahr, mit Hilfe der Sozialdemokraten niedergestimmt.** Es bleibt also bei einer sechsjährigen Wahlperiode. Der Zentrumsentwurf sah eine zwölfjährige Wahlperiode vor. Das **Wahlrecht** wollte man auf 25 Jahre und das Alter eines zu Wählenden auf **30** Jahre festsetzen. Die **Kommunisten hatten 20 Jahre beantragt.** Bei diesem Vorschlag ist es **geblieben,** nur mit dem Unterschied, daß der Wähler mindestens **sechs Monate am Ort,** in dem er wählt, **ansässig sein** muß. Die Deutschnationalen unternahmen hier einen weiteren Vorstoß, wonach den Wählern (Gutsbesitzer und Großindustrielle sind gemeint), die außerhalb ihres Wohnbezirks gewerbliche Niederlassung haben, eine weitere Stimme gewährt wird.

Die Benennung der Straßen, Brücken und Plätze soll, wie die Kommunisten beantragten, durch Gemeindebeschluß geschehen. Die Mehrheit entschied sich für die Regelung durch Ortsstatut.

Auch der Hausknechtsparagraph ist unter Zustimmung der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleute beibehalten worden. Der kommunistische Antrag, wonach dem Vorsitzenden nicht das Recht zusteht, Sitzungen vor Erledigung der Tagesordnung zu schließen, sondern dies nur mit Zustimmung der Versammlung geschehen zu lassen, wurde mit Hilfe der Sozialdemokraten ebenfalls niedergestimmt.

Ebenso wurde der **kommunistische Antrag abgelehnt,** der die **Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Gemeindearbeiter und Angestellten,** ihre Bezüge, ihre Arbeitszeit, Recht auf Urlaub usw nach Anhörung der Vertreter der freien Gewerkschaften, der Betriebsräte, sowie der Beamten- und Angestelltenräte, oder — soweit solche nicht bestehen — nach Anhörung der betreffenden Arbeiter und Angestellten nach festen Grundsätzen geregelt haben will. Auch sind die **Sozialdemokraten für die Beibehaltung des Bestätigungsrechtes durch die Aufsichtsbehörde,** soweit besoldete und unbesoldete **Gemeindevorsteher,** Schöffen und Amtsvorsteher in Frage kommen.

Am lebhaftesten **beschäftigte** man sich mit dem System der **Landbürgermeistereien.** Deutschnationale und Volksparteiler wollen nichts mehr von den Landbürgermeistereien wissen. In den Provinzen, wie Rheinland-Westfalen und Schleswig-Holstein, wo die Landbürgermeistereien bestehen, könnten dieselben abgebaut werden.

Das Zentrum war bei vielen Abstimmungen gespalten. So beantragte das Zentrum u. a., daß in Zukunft Landbürgermeistereien durch Beschluß von Zweidrittel-Mehrheit des Provinziallandtages aufgelöst werden können. Die Kommunisten stellen sich hier auf den Standpunkt, **daß dort, wo** Landbürgermeistereien bestehen, dieselben bestehen bleiben sollen. **Bei zukünftiger Zusammenlegung von Landgemeinden** ist nach dem System der Eingemeindung zu verfahren, also unter Anwendung des Volksbegehrens.

Ebenso spielt der Kampf um die **politische und reale Gemeinde** eine Rolle. Die Kommunisten beantragen, daß die Erträgnisse aus den realen Gemeinden den politischen Gemeinden restlos zugeführt werden müssen. Ebenso wurde die Frage der **Aufhebung der Gutsbezirke,** deren es in Preußen noch etwa 1200 gibt, erörtert. Die Deutschnationalen sind unbedingt für die Beibehaltung der Gutsbezirke, weil sie wissen, daß die Arbeiter und Kleinbauern in diesen Gutsbezirken nichts zu sagen haben. Die Verwaltung dieser Gutsbezirke wird von den feudalen Machthabern unentgeltlich ausgeführt. Proletarier sind hier niemals in der Lage, ihre Rechte geltend zu machen. Hier darf man gespannt sein, wie sich bei der weiteren Beratung die Demokraten und Zentrumsleute stellen. Auch die Handhabung der **Ortspolizeigewalt** soll eine andere werden. Man ließ bereits durchblicken, daß die Polizeigewalt nicht mehr wie bisher von den Amtsvorstehern und Landbürgermeistereien ausgeübt werden soll, sondern von den eigens dazu gestellten besoldeten Personen. Es kommt weiter hinzu, daß in einer ganzen Reihe von Fällen durch die immer stärker einsetzende Verstaatlichung der Staatspolizei Severing den **Kommunen** die Polizeigewalt genommen hat. **Die Tendenz geht dahin, die Polizei in den Kommunen allgemein zu militarisieren und einheitlich unter die Braun-Severing-Luther-Regierung zu stellen, um so wieder in den gegebenen Momenten mit Waffengewalt gegen die Arbeiterschaft vorzugehen.** Der Entwurf atmet überall den Geist der Bourgeoisie-Diktatur, der Mundtotmachung aller proletarischen Oppositionen, so sieht die Wahrung der Demokratie in Preußen-Deutschland aus, die von den sozialdemokratischen Ministern vertreten wird! Ihr Werk wird ihnen aber selbst unter Anwendung von noch schärferen Maßnahmen und Brutalitäten gegenüber der Arbeiterschaft nicht gelingen, wenn sie sich auch noch so sehr durch Bestimmungen der Landgemeindeordnung bemühen, die Arbeiterschaft in den Kommunen niederzuhalten, wenn sie sich auch die größte Mühe geben, den Kampf der Arbeiter um ihre Existenz, um die Eroberung der Macht, zur Zertrümmerung des kapitalistischen Systems zu **verhindern, es wird ihnen nicht gelingen.**

Nur eine Landgemeindeordnung, die getragen ist von dem proletarischen Willen, wird **die** Unterstützung **der** Kommunisten finden.

Verlängerung der Straßenbahnlinie 8

Der hiesige Magistrat beabsichtigt, die Straßenbahnanlage in der Kröllwitzer Straße von der jetzigen Endhaltestelle bis zur Dölauer Straße zweigleisig auszubauen. Einsprüche gegen den Plan, welcher vom 14. bis einschl. 27. Mai d. J. während der Dienststunden im Polizeipräsidium, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 93, zu jedermanns Einsicht offenliegt, können von den Beteiligten im Umfange ihres Interesses während dieser Zeit beim Polizeipräsidenten schriftlich oder zu Protokoll erhoben werden.

Ammendorf

Ueberfall. Freitag, den 7. Mai, wurde am Abend folgendes bemerkt: Ein Fuhrwerk holte einen Radfahrer ein, stellte denselben und hieb tüchtig auf ihn ein. Später stellte sich heraus, daß der allen bekannte Name **Klostermann,** berühmt geworden durch echt treuteutsche Kundgebungen, dahintersteckte. Er ist durch verschiedene Schlägereien und durch sein Provozieren bekannt geworden, und daß er nachher nach der Polizei grölt und sich als Unschuldigen, als den Ueberfallenen hinstellt. Bei Polizei und Staatsanwaltschaft findet er die gewünschte Rückendeckung und die wirklich Ueberfallenen dürfen dann von seiten der Staatsanwaltschaft noch Wochen und Monate in Empfang nehmen zum Besuch der Staatshochschule. So wurde am Freitagabend der Arbeiter E. von Planena von Ernst Klostermann überfallen und blutig geschlagen, so daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte. Wie frech Klostermann vorging und wie feige er hinterher war, geht daraus hervor, daß, als die Frau des Geschlagenen, den Vater (Klostermann) auf die niedrige Handlungsweise des Sohnes hinwies, der brave Ernst erklärte: „Ich weiß gar nichts davon, ich habe den Mann gar nicht zu sehen bekommen." Nun, teutscher Ernst, andere haben es aber gesehen. Diesmal werden sich Zeugen finden, um Dir Dein sauberes Handwerk zu legen. Durch Gebrüder Klostermann sollen nicht noch mehr ins Gefängnis wandern, erst müßt Ihr mal hinein.

In diesen Tagen kassieren unsere Trägerinnen die dritte Mai-Rate. Wir ersuchen dringend, denselben die Einkassierung zu erleichtern. Der Verlag.

Wirinea

Roman von Lydia Sejfullina

Und plötzlich fügte er hinzu, als verrate er unwillkürlich etwas Freude:

„Ich hab's ja schon gewußt ... Wir haben nur noch darauf gewartet. Schon dort in der Stadt haben wir es gerochen. Auch hier habe ich mit zwei Leuten friedlich davon gesprochen. Doch denk' mal, Wirka, die Bauern sind gar nicht erschrocken. Wahrhaftig, nur darüber ganz erstaunt! Sie sind nicht im geringsten erschrocken, haben sich nur gewundert, wie das zuging, den Zaren zu beseitigen?"

„Wir leben ja in einer öden Gegend, und so ist es einerlei, wen wir über uns haben. In den anderen Dörfern aber heulen sie und fürchten sich. Sag' mir lieber, nicht wie es mit dem Zaren, sondern mit dem Chef der Landpolizei steht. Wird der bleiben? Wird unsere vorgesetzte Obrigkeit dieselbe bleiben?"

„Aber nein! Der Chef der Landpolizei ist geflohen, und die Wachtmeister hat man draußen vor der Stadt festgenommen."

„Lügst Du nicht gar? Nun, das ist wahrhaftig ein Wunder. Sag mal, wie ist das zugegangen? Halt, wo ist mein Kopftuch? Jetzt wird man es bei der Dorfversammlung verlesen?"

In der Schule hatte sich soviel Volk versammelt, wie sonst noch nie. Die Leute standen auf den Fensterbrettern, im Vorraum und rings um die Schule in dichter Menge.

Die junge, blasse Lehrerin las mit schwacher und vor Aufregung zitternder Stimme:

„Wir haben es für gut erachtet, dem Thron des Russischen Reiches zu entsagen ..."

Nur einzelne unklare Wortbruchstücke drangen in die Menge. Die Leute wurden unruhig. Einer von ihnen rief:

„Nichts zu hören! Wir verstehen nichts. Laß einen Mann lesen!"

Andere Stimmen aus der Menge fielen ein:

„Ein lesekundiger Mann soll es vorlesen."

„... ein Weib hat doch keine Stimme! Es kann nur wimmern. Wenn sie es etwas deutlich und laut sagen können!"

„Wenn es noch eine Bäuerin wäre! Bei der aber geht das immer so: ti — ti — ti!"

„Sie hat eine dünne Städterstimme!"

„Ist kein Lesekundiger unter uns?"

„Die Soldaten sollten vortreten! Wo sind die Soldaten, die können es lesen!"

„Sie stehen ja ohnehin schon vorne. Wo sollten sie jetzt auch anders stehen, als vorne?"

„Paschka Suslow soll vorlesen. Er kann es gut."

„Pawel! Pawel! Wo ist denn der Suslow?"

„Vorwärts, lies vor. Na, wenn der liest, werden wir's schon hören, der hat eine mächtige Kehle."

Pawel begann mit hochgezogenen Schultern und strengem Gesicht die mit Verspätung nach Agyrowka gelangten Manifeste und Zeitungen laut und deutlich zu verlesen. Er las lange. Die ganze Zeit über herrschte angespannte Stille im Klassenzimmer. Wie eine dichte, schweigende Mauer standen die Bauern und Bäuerinnen über eine Stunde da. Selbst in der Kirche hatten sie noch nie so still dagestanden. Auch als sie auseinandergingen, herrschte ungewohnte Stille, und man vernahm nur gedämpftes Gespräch.

Nur ein junger Soldat ohne Augenbrauen und mit einem Mädchengesicht lief von einer Menschengruppe zur anderen und wiederholte mit vor Begeisterung erstickter Stimme:

„Die Bezeichnung „untere Dienstgrade" ist abgeschafft. Der Soldatenstand ist jetzt Ehrenstand! Untere Dienstgrade gibt's nicht mehr! Wer ist der Untere, wer der Obere? Es gibt keinen Unteren mehr! Hei, ich werde nach Romanowka fahren. Jener Kerl, der Sohn des Alexej Petrowitsch Kowyrschin ist Feldwebelleutnant geworden, unter die Offiziere hinaufgerückt. Wir fuhren zusammen in einem Wagen in Urlaub. Da sagte ich zu ihm: „Stjopa, gib mir bitte Feuer." Und er gibt mir zur Antwort: „Ich bin für Dich nicht mehr Stjopa, sondern Offizier, Du aber gehörst zu den unteren Dienstgraden und weißt nicht, was Disziplin ist." Wie ich damals vor all den Mitfahrenden erröten mußte! Ich werde jetzt hinfahren, und er soll mir dann sagen, wer ich jetzt bin! Ein unterer Dienstgrad? Wart, Du Hurensohn! Untere Dienstgrade hat es einmal gegeben, jetzt aber ist es aus damit."

Pawel und Wirka konnten diese Nacht lange nicht einschlafen. Sie hatten ein gemeinsames Bett. Damals, als sie zu ihm gekommen war, um bei ihm zu leben, hatte er sie, als sie sich zur Ruhe legen wollte, gefragt:

„Nun, wie willst Du es halten? Bist Du nur gekommn, um mir die Wirtschaft zu führen, oder willst Du mit mir wie Mann und Frau leben?"

Wirka hatte mit der Antwort gezögert. Dann hatt sie schlicht und leise gesagt:

„Schon gut, laß uns zusammen leben und zusammen schlafen. Doch schäme ich mich vor Anjutka. Sie ist ja schon erwachsen."

„Sie schläft bereits."

„Trotzdem schäme ich mich. Als ich noch ein kleines Mädchen war und zum erstenmal meine Mutter mit meinem Vater beobachtete, mußte ich mich aus irgendeinem Grunde schämen, und ich atmete schwer. Ich bin ein ganz fremdes Weib und mein Ruf ist kein guter. Darum wird sie sich wegen ihres Vaters gekränkt fühlen. Die Kränkungen, die man in der ersten Kindheit erlebt, halten lange an. Warte ein wenig, bis sie sich erst etwas an mich gewöhnt hat."

Aber Anjutka ging nicht auf Wirkas Zärtlichkeit ein. Sie verfolgte sie mit feindseligen Blicken. Wirkas Fragn beantwortete sie entweder überhaupt nicht, oder sie erwiderte sie mit Schimpfworten. Als der Vater sie in die Stadt schaffte, blickte sie sich in dem Bauernschlitten um und sah Wirka, die ihnen das Geleit gab, mit so unkindlichem und haßerfülltem Blick an, daß Wirkas Herz sich lange beklemmt fühlte. Sie nahm Antjutkas kindlichen Haß als das Schmerzhafteste, was ihr je widerfahren, als Sühne für alle Sünden ihres Lebens in ihr Herz auf. Der fünfjährige Sjomka und der dreijährige Wanjka gewöhnten sich schnell an sie und hängten sich an ihren Rock, wie sie früher an dem Rock der Mutter gehangen hatten. Wirka aber pflegte die beiden so gut, daß die anderen Weiber staunten. Anissja lachte, wenn sie sie traf.

„Wir sagen's ja schon, daß die Witwer nicht mehr heiraten, sondern sich ein lockeres Frauenzimmer, das nicht gebären kann, als Mutter für ihre Kinder ins Haus nehmen sollten. Denn manche von ihnen gibt sich viele Mühe!"

Nicht lange mehr trieben sie ihren Spott mit Wirka. Pawel verlor keine unnützen Worte, wenn er aber sprach, so wußte er die Worte wuchtig zu setzen. Er schalt ein oder zwei Bauernweiber tüchtig aus, und da wurden sie still. Wirka bekam einen ruhigen Blick. Aber sie hatte durch das stille Leben an Lebendigkeit verloren. Sie sprach wenig und versank oftmals in langes Nachdenken. Warum lebt im Menschen ein so unersättliches Herz? Gib ihm vollauf — nur selten freut er sich dessen. Immer ist's ihm nicht recht, immer fehlt etwas, immer macht irgend etwas die Freude bitter. Pawel war doch ein ruhiger, arbeitsamer Mann. Verstand sich gar gut aufs Lesen und Schreiben. Darum hatten die Leute Achtung vor ihm, trotz seiner Armut. Respektiertn und fürchteten ihn wohl gar ein wenig. Und zu Wirka war er gut und schonsam.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0007

Arbeiter-Sport

Für Achtstundentag und Volksentscheid

„Der 4. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fordert sämtliche ihm angeschlossenen Korporationen und deren Mitglieder auf, sich mehr als bisher für die Forderungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften einzusetzen. Insbesondere erwartet er, daß alle der Zentralkommission für Arbeitersport angeschlossenen Mitglieder sich restlos für die Wiedergewinnung des Achtstunden-Maximal-Arbeitstages einsetzen. Alle Kräfte sind unbedingt dafür einzusetzen, daß der Volksentscheid zu einem für die Arbeiterklasse günstigen Ende ausläuft. Zur Durchführung des Volksentscheides ist eine finanzielle Unterstützung der Arbeiterparteien durch unsere Vereine, Genehmigung des Zirkulierens von Sammellisten usw. zu befürworten."

Deutsche Turnerschaft und Reichsausschuß

Der Hauptausschuß der Deutschen Turnerschaft faßte in seiner Sitzung am 1. April einen Beschluß, nach dem **Vereine der DT. zu einer Ortsgruppe oder einem Landesverband des Deutschen Reichsausschusses nicht gehören dürfen.**

Das ist der erste Teil des Beschlusses.

Der zweite Teil läßt aber Ausnahmen zu, „wenn die Gruppe oder der Verband in seinem Namen ausdrücklich auch die Zugehörigkeit von Vereinen der Deutschen Turnerschaft aufnimmt, sich also bezeichnet als **„Ortsgruppe (Landesverband) des Deutschen Reichsausschusses und der Deutschen Turnerschaft"**.

Dennoch bleibt die Zusammenarbeit der Deutschen Turnerschaft mit den bürgerlichen Sportvereinen in den unteren Verbandsorganen. Das ist deshalb wichtig, weil es deutlich zeigt, daß über den Streit der Führer im bürgerlichen Lager keine Illusionen am Platze sind.

Dessen ungeachtet müssen aber die politischen Differenzen in der bürgerlichen Sportbewegung den proletarischen Mitgliedern klar gemacht und agitatorisch ausgewertet werden.

Offener Brief an den Herrn Polizeipräsidenten von Halle!

Herr Polizeipräsident!

Auf unser Gesuch um weitere Benutzung des Exerzierplatzes an der Dessauer Straße zur Ausübung unseres Sportes im Sinne der Jugend- und Gesundheitspflege an Sonntagen und einigen Abenden der Woche haben Sie uns einen abschlägigen Bescheid zukommen lassen, mit der Begründung, daß die Schutzpolizei das betreffende Gelände zu ihren dienstlichen Obliegenheiten benötige. Dabei weiß jeder Laie, daß die Schutzpolizei an den Abenden nach 7 Uhr sowie Sonntags keinen Dienst auf dem Exerzierplatze verrichtet und der Platz an den fraglichen Tagen vollständig brachliegt. Seit 1919 benutzt unser Verein mit Genehmigung des Landesfinanzamtes Magdeburg sowie der Leitung der Schutzpolizei Halle gegen eine Anerkennungsgebühr, die an das Reichsvermögensamt bezahlt wurde, das Gelände zu sportlichen Zwecken. Man entzog uns die Benutzung des Platzes ausgerechnet im Frühjahr 1925, zur selben Zeit, wo man einem anderen Verein, der bereits einen Platz besaß, ein dreimal so großes Gelände zum Bau eines weiteren Sportplatzes zur Verfügung stellte. Unserem Verein, der mehr als 200 Mitglieder — darunter über 50 Jugendliche — umfaßt, ist damit jede sportliche Betätigung genommen und der Verein in seiner ferneren Entwicklung schwer geschädigt.

Herr Polizeipräsident! Sieht so die „wohlwollende Förderung der Leibesübungen und der Jugendpflege" aus, wie Sie sich in Ihrem Schreiben an uns beliebten auszudrücken? Wie vereinbaren sich diese Maßnahmen mit den heute noch in Kraft befindlichen ministeriellen Verfügungen betreffs Bereitstellung fiskalischen Geländes zu Sportzwecken? Wie vereinbart sich weiter das Verbot des Betretens des Exerzierplatzes mit der Tatsache, daß der Polizeisportverein — der ebenfalls nur ein privater Verein ist, denn er besitzt mehrere Jugend- und Schülermannschaften, auch ist die Mitgliedschaft jedermann möglich — weiterhin Sport auf dem Exerzierplatze betreibt und seinen Platz anderen Vereinen zur Austragung von Spielen zur Verfügung stellt? Sollte der Grund darin liegen, daß die betreffenden Vereine dem Verband mitteldeutscher Ballspielvereine, hingegen unser Verein dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angehören? Wir nehmen an, daß der Herr Polizeipräsident von seinen untergeordneten Stellen voll und ganz informiert worden ist. Sollte dies aber nicht der Fall sein, so möge dieser Offene Brief dazu beitragen, Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Wir werden nichts unversucht lassen, die gegen unseren Verein an den Tag gelegte Ungerechtigkeit zu beseitigen.

HFC. Sporlust 1907. H. Koch. M. Heinicke.

Arbeiter-Sport-Kartell Halle (E. V.)

Alle Vereine werden nochmals ersucht, alle Werbeplakate mit Rahmen vom Filmtage sofort abzuführen, da selbige zum Reichs-Arbeiter-Sporttag gebraucht werden. Gleichzeitig wollen die Vereine ihre Meldungen für Leichtathletik zum Reichs-Arbeiter-Sporttag bis zum 26. Mai einschicken, sonst nicht startberechtigt.

Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, technische Ausschußsitzung in der „Kette". Dazu haben alle technischen Leiter der Vereine, welche zum Reichs-Arbeiter-Sporttage mitwirken, bestimmt zu erscheinen. **Der technische Ausschuß.** J. A.: Eurich.

Vorstandssitzung 7. Bezirk, 2. Kreis

Zur Sitzung am 2. Mai waren erschienen der gesamte Bezirksvorstand und der Vorstand der Turn- und Sportvereinigung Helbra. Tagesordnung: Das Bezirks-Turn- und Sportfest am 17. und 18. Juli 1926. Die Sitzung wurde 10.15 Uhr im „Waldschlößchen" in Helbra eröffnet und die Festreihenfolge wie folgt beschlossen:

Sonnabend den 17. Juli: Kommers auf der neugeschaffenen Freilichtbühne im Pfarrholz in Helbra. Beginn 8 Uhr.

Sonntag, den 18. Juli, früh 5 Uhr: Sternwecken durch die Spielleute des Bezirks. 7 Uhr: Kampfrichtersitzung im Festlokal („Waldschlößchen"). 8 Uhr: Antreten der Wettkämpfer. 1 Uhr: Antreten zum Umzug durch die Hauptstraßen von Helbra. Die Spitze am Friedhof (die Arbeiter-Radfahrer „Solidarität" eröffnen). 3 Uhr: Antreten zu den allgemeinen Freiübungen: 1. Die Turner, 2. Die Turnerinnen, 3. Die Kinder. Zum Auf- und Abmarsch spielen die gesamten Spielleute des Bezirks, zu den Aufführungen Musik. Der Aufmarsch wird eröffnet durch Fahnenaufmarsch. 4 Uhr: Beginn der Sondervorführungen usw. 6.30 Uhr: Resultat-Verkündung auf der Freilichtbühne. 8 Uhr: Ball im Festlokal „Waldschlößchen", Helbra.

Die Turner und je Verein vier Kampfrichter sind namentlich zu melden bis 1. Juli an Bezirks-Turnwart Gustav John, Helbra, Hermannstraße 6, unter Angabe: Name, Stufe, Verein. Die Turnerinnen ebenfalls an Vorgenannten in denselbem Sinne. Die Sportler und Sportlerinnen unter Angabe von Namen, Art der Beteiligung und Verein an den Bezirks-Sportwart Wilhelm Damm, Eisleben, Liebknechtstraße 4.

Der Festbeitrag beträgt für Turner 50 Pf., für Turnerinnen und Jugendliche (unter 18 Jahren) 30 Pf., Kampfrichter und Berechnungs-Ausschuß sind frei. Der Festbeitrag ist unter Angabe der Teilnehmerzahl für 50 Pf. und 30 Pf. an den Bezirkskassierer Bruno Heber, Ziegelrode b. Mansfeld Nr. 36a, bis 1. Juli einzusenden, worauf den Vereinen umgehend die Festabzeichen zugesandt werden.

Quartiere sind unter Angabe von Namen, Wettkämpfer, Spielmann oder Festteilnehmer sowie Verein anzumelden beim Turngenossen Wilhelm Sieber, Helbra, Wilhelmstraße 18, bis 1. Juli. Spätere Meldungen finden keine Berücksichtigung. Dasselbe gilt für obige Meldefristen. **Vogeltanz,** Bezirksvertreter

Die mitteldeutschen Handballmeisterschaften in Halle

Vor ungefähr 800 Zuschauern wurden am Sonntag, dem 16. Mai, auf dem städtischen Stadion in Halle die mitteldeutschen Verbandsmeisterschaften im Arbeiter- Turn- und Sportbund ausgetragen.

Die Vorkämpfe

Als erste betraten vormittags 8.10 Uhr

Fichte-Halle (Sportler) — Leipzig-Gohlis (Sportler)

das Feld, um unter Leitung des Schiedsrichters Bornkessel (Halle) ein Handballspiel außer Konkurrenz auszutragen. Nach mäßigem Spiel konnte Leipzig-Gohlis mit 5 : 3 den Platz als Sieger verlassen.

Es folgten 9.10 Uhr die Sportlerinnenmannschaften von

B.-C. Giebichenstein — Leipzig 1906

im Vorrundenspiel um die Meisterschaft. Das Resultat war 1 : 0 (0 : 0). Leipzig hatte Anwurf und drückte Halle in die eigne Hälfte, während es bei Halle nur zu abwechselnden Durchbrüchen langte. Leipzig war Halle im Zusammenspiel überlegen, dem Halle nur Verteidigung entgegensetzen konnte. Halle schuf bis zur Halbzeit verschiedene heikle Momente vor dem Leipziger Tor, auch wurde sein Zusammenspiel besser. In der zweiten Hälfte hatte Halle den Wind zum Bundesgenossen und kam oft gut durch, doch alle wohlgemeinten Würfe verhinderte der Leipziger Torhüter. In der 30. Minute gelang es dem Mittelstürmer von Halle, den ersten und einzigen Treffer anzubringen. Halle drückte darauf mehr und mehr, konnte aber nichts Zählbares mehr erreichen. Der Schlußpfiff trennte beide Mannschaften mit obigem Ergebnis. Halle hatte sich somit das Endspiel um die mitteldeutsche Meisterschaft gesichert. Der Schiedsrichter Röder (Zeitz) konnte nicht immer befriedigen.

Gegen 10 Uhr betraten unter Leitung von Unger (Leipzig) die Sportler der

Freien Turner-Zeitz — Fermersleben

den Platz. Sofort nach Anpfiff entspann sich ein äußerst flotter Kampf, bei dem sich Fermersleben zuerst mit den Platzverhältnissen abfand und seine Angriffe bereits nach fünf Minuten mit einem Tor belohnt sah. Zeitz fand sich jetzt mehr zusammen und spielte die erste Halbzeit leicht überlegen. Nach fünf Minuten war der Ausgleich erzielt. Der Wiederanwurf von Fermersleben wurde abgefangen und nach schnellem Angriff brachte dieselbe Minute Zeitz die Führung. Das Spiel war jederzeit offen, wobei Zeitz durch bessere Fangtechnik und Zuspiel jederzeit leicht im Vorteil war. Die Fermerslebener Hintermannschaft hatte schwer zu arbeiten, ohne jedoch in der 23. Minute ein drittes Tor verhindern zu können. Aber auch der Sturm Fermerslebens gab der Zeitzer Verteidigung zu tun, die dabei in der 28. Minute das Resultat auf 3 : 2 stellte. Ohne Pause ging das Spiel weiter. Fermersleben war nunmehr vollständig ebenbürtig und in den letzten zehn Minuten vermochte es sogar zu drücken. Trotzdem konnte Zeitz den Vorsprung auf 4 : 2 erhöhen, doch nach fünf Minuten stellte Fermersleben das alte Verhältnis wieder her. Zeitz war jedoch dem Fermerslebener Tor gefährlicher, was in der 50. Minute ein fünftes Tor zur Folge hatte. Nunmehr setzte Fermersleben zum Endspurt an und drückte Zeitz in seine Hälfte zurück. Jedoch stoppte die Verteidigung von Zeitz die meisten Angriffe, während die anderen durch den Zeitzer Torwart zunichte gemacht wurden. Plötzlich kam ein Zeitzer Angriff blitzschnell zur Durchführung und in der letzten Minute mußte der Fermerslebener Torwart den Ball zum sechsten Male aus dem Netz holen. Zeitz hatte mit 6 : 3 (3 : 2) sich die Berechtigung zum Endspiel erkämpft. Eckenverhältnis 2 : 0 für Fermersleben. Strafecken 2 : 1 für Zeitz. Durch besseres technisches Spiel war der Sieg als verdient anzusehen, wenn Fermersleben auch ein knapperes Resultat verdient hätte.

Außer Konkurrenz fand nach 11 Uhr vormittags noch ein Treffen der Sportlerinnen von

Sportverein Kröllwitz — Friesen-Altenburg

statt, das 5 : 0 (Halbzeit 2 : 0) für Kröllwitz endete. Um Altenburg gegen die übrigen zwei Kreismeister nicht im Vorteil zu lassen, mußte dieselbe dieses Gesellschaftsspiel austragen, ohne jedoch diesem Spiel überzeugen zu können, denn sofort nach Anwurf ... sich Kröllwitz überlegen, während Altenburg nur wenig gefährlich wurde. So konnte Kröllwitz durch zwei Tore in der 8. und ... Minute bis Halbzeit in Führung gehen. Nach Seitenwechsel ... das Spiel etwas ausgeglichener, jedoch war Kröllwitz vor dem ... bedeutend gefährlicher, während sich Altenburg gegen die Kröll... witzer Hintermannschaft nicht durchzusetzen vermochte. Kröllwitz ... höhte das Resultat in der 30. und 32. Minute auf 4 : 0 und ... vor Abpfiff sogar auf 5 : 0, so daß Altenburg der Ehrentreffer ... sagt blieb. Kröllwitz war technisch den Altenburgern überlegen, denen wohl noch die nötige Spielerfahrung fehlte. Von den ... wären zwei zu verhindern gewesen.

Die Endkämpfe

Gegen ½3 Uhr nachmittags nahmen die zwei Endspiele ... Meisterschaft ihren Anfang. Zuerst maßen sich die Sportlerinnen von

B.-C. Giebichenstein — Friesen-Altenburg

und errang hierbei BC. Giebichenstein mit 1 : 0 (1 : 0) ... Meisterschaftstitel. Beide Mannschaften standen sich unter Leitung von Unger (Leipzig) gegenüber. So sehr Altenburg im Vorrundenspiel gegen Kröllwitz enttäuscht hatte, so zeigte die Mannschaft ... Nachmittag doch ein anderes Spiel, mußte sich aber der Spielweise der hallischen Grünhosen beugen. Gleich nach Anwurf drückte Giebichenstein den Gegner stark in die eigene Spielhälfte und ... Torwächter Altenburgs bekam reichliche Arbeit. Oft war die ... der Retter. In der 12. Minute gelang es Halbrechts von Giebichenstein den ersten und einzigen Treffer anzubringen. Altenburg ... sich hierauf zeitweise gut durch, fand aber in der Hintermannschaft von Giebichenstein ein unüberwindliches Bollwerk. Giebichenstein drückte schließlich mehr und mehr, wurde jedoch vom Altenburger Torwart an weiteren Erfolgen gehindert. ... Altenburg drückte zeitweise und schuf vor Giebichensteins Tor ... kritische Situation. Giebichenstein, durch das inzwischen ... Ausscheiden des Mittelstürmers etwas geschwächt, hielt ... dennoch und wurde zum Schluß des Spieles noch recht ... Giebichenstein, nur mit zehn Mann bzw. später neun Mann ... lend, hat sich durch diesen Sieg die Teilnahme an den Kämpfen um die Bundesmeisterschaft gesichert.

Das Endspiel der Sportler sah die Mannschaften von

Freie Turner-Zeitz — Leipzig-Gohlis

unter Leitung von Konrad (Köthen) um die Palme ringen. ... 6 : 1 (3 : 0) konnte Leipzig-Gohlis die Meisterschaftswürde an ... Farben heften. Sofort nach Anwurf entwickelte sich ein lebhaftes Spiel. Nach beiderseitigen Torbesuchen gelang dem Halb... Leipzigs nach guter Vorlage der erste Treffer. Zeitz spielte gut durch, konnte sich aber vor dem Tore nicht durchsetzen. ... wurde immer schärfer im Tempo und in der 20. Minute konnte ... Halblinke zum zweitenmal einsenden. In der 25. Minute fiel ... einen guten Drehwurf des Mittelstürmers das dritte Tor ... zig. Nach Halbzeit rückte Zeitz mächtig auf, doch gelang es ... rechten Läufer von Leipzig, das vierte Tor bald einzusenden. ... darauf war es Zeitz vergönnt, infolge fehlerhafter Verteidigung seitens Leipzigs durch den Halbrechten das erste und einzige ... für sich zu erzielen. Nachdem konnte Leipzig abermals ... einsenden und das Resultat auf 6 : 1 stellen. Der Sturm ... Mannschaften wies gutes Zuspiel auf, besonders zeichnete ... hierin das Innentrio Leipzigs aus. Bei Zeitz konnte man ... und gute Fangtechnik feststellen. Man sah, daß man Kraftballspieler vor sich hatte. Der Schiedsrichter war in allen Entscheidungen einwandfrei.

Das als besondere Darbietung vorgesehene **Hockeyspiel** mußte ... folge plötzlicher Absage Berlins in letzter Stunde abgesetzt werden, da kein Gegner anderwärts zu gewinnen war.

Die Spiele entsprachen den Erwartungen und zeigten durchweg gute und faire Spielweisen, so daß die Zuschauer, deren es ... dings mehr sein konnten, nur gute Eindrücke vom Arbeitersport nach Hause nehmen konnten.

Fußball

Vorrundenspiel um die Bundesmeisterschaft des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Forst-Süd 1. gewinnt gegen Nürnberg-Schweinau 2 : 0

Auf dem Platze Nürnberg-Südost trafen sich zum Vorspiel zur Bundesmeisterschaft der Südostdeutsche Meister Forst-Süd und der Süddeutsche Meister Nürnberg-Schweinau.

Der Anstoß der Gäste brachte gefälliges Feldspiel, das mit vorzüglicher Torwartarbeit wechselte. Besonders der Gäste-Torwart zeigte großes Können. In der 18. Minute wird der Bann gebrochen. Forsts Mittelstürmer sendet einen schön getretenen Eckball zum Führungstreffer ein. Schweinau kann das Spiel durch vorzügliche Deckung und nicht zuletzt durch rassiges Stürmerspiel bis zur Halbzeit überlegen gestalten. Schweinau hat ziemlich Pech. Halbzeit 1 : 0 für Forst-Süd.

Nach der Pause ist zunächst Schweinau im Vorteil, kann aber nicht verhindern, daß der Forster Mittelstürmer in der 53. Minute ein weiteres Tor für seine Farben bucht. Schweinau erhält zwei Elfmeter zugesprochen, welche vom Torwart gehalten werden. Die Einheimischen verscherzen sich durch diese unsicheren Schützen den Sieg. Sechs Ecken für Schweinau bringen, obwohl schön getreten, nichts Zählbares. Schweinau ist bis Schluß stark überlegen, aber leider zu spät, der Sieg stand schon fest.

Forst-Süd gefiel in jeder Hinsicht, besonders der Torwart war hervorragend. Schweinau konnte sich durch das viele Zurufen die Sympathie der Zuschauer nicht erwerben. Schiedsrichter gut.

Sportbrüder 1. unterlag gegen Gröbers 1. 0 : 1.

ASC. 1. ließ sich von Kröllwitz 1. auf der Peißnitz ziemlich hoch mit 1 : 8 abfertigen.

Viktoria 1. — Diemitz 1. 1 : 1. Diemitz zeigte eine eifrige Spielweise, wußte aber oft vor dem Tor mit dem Ball nichts anzufangen.

Fichte 1. — Teutonia 1. 2 : 3.

Fichte 2. Halle — Sp.-V. Jonitz 2. 2 : 1 (0 : 1)

Himmelfahrt unternahm die 2. Mannschaft von Fichte einen Ausflug nach Jonitz. Die Aufnahme war eine herzliche.

3 Uhr begann das Spiel. Fichte konnte nur mit zehn Mann das Spiel antreten. Jonitz spielte schnell und aufopfernd. Ein Durchbruch des L.-A. führt zum einzigen Tor für Jonitz in der 12. Minute. Fichte ist zeitweise eingeschnürt, jedoch ist die Hintermannschaft auf dem Posten. Die vier Stürmer unternehmen öftere Durchbrüche, die der Tormann sicher zu meistern versteht. Immer geht der Ball auf und ab. Nach Halbzeit hat Fichte den Wind im Rücken. Das Spiel wird offener. Die Angriffe Fichtes werden gefährlicher. Das Fehlen des elften Mannes macht sich bemerkbar. Die linke Seite ist die bessere. Endlich, in der 65. Minute ist durch schlecht springenden Ball, der über den Tormann hüpfte, der Gleichstand hergestellt. Die weitere geringe Ueberlegenheit kann Fichte durch das Siegestor ausdrücken. Der Schiedsrichter leitete gut, in vielen Sachen etwas kleinlich. Bewundernswert war die faire, ruhige Spielweise beider Mannschaften. In den Abendstunden verlebten wir einige gemütliche Stunden, die jedem unvergeßlich sein werden.

Handball

Othello 1. — Wassersportverein Ammendorf 1. 11 : 1.

Diemitz 1. — ASC. 2. 8 : 0 (3 : 0).

Othello Schüler — Wörmlitz Schüler

Das Spiel wurde um 10 Uhr angepfiffen. Beide Mannschaften traten vollzählig an. Es entwickelte sich gleich ein schönes, offenes Feldspiel. Es wurden beiderseits schöne Angriffe eingeleitet, führten aber zu keinem Erfolg. Doch nach zehn Minuten gelang es dem sehr guten M.-L., von einer ziemlich weiten Entfernung das Tor zu erzielen. Jetzt legte W., welche wohl die körperlich kräftigere Mannschaft war, mächtig los. Der Torwächter von O. war aber gut auf dem Posten und ... sein Tor rein. Nach Halbzeit kam Wörmlitz etwas besser auf und erzielte den Ausgleich. Mit dem Resultat 1 : 1 trennte der Schiedsrichter, welcher das Spiel gut leitete, beide Mannschaften.

Zugunsten der JAH. finden am 19. und 20. Mai folgende Spiele ...: **Mittwoch** abend 7 Uhr auf der Peißnitz ASC. 1. — Minerva 1. (... Fichte).

Donnerstag abend 7 Uhr auf dem Sandanger Fichte 1. — Wörmlitz ... (Diener, Achilles).

Gesellschaftsspiele für 23. Mai (1. Feiertag)

2. Klasse. ½6 Uhr Dölau 1. — Diemitz 1., Dölau (Askania).
Sportlerinnen. 3 Uhr Wörmlitz — Achilles, Wörmlitz (Ammendorf).
Jugend. 2 Uhr Othello — Achilles, Othello (Wörmlitz).
Schüler. 1 Uhr Wörmlitz — Achilles, Wörmlitz (Fichte, Ammendorf).

Gesellschaftsspiele für 24. Mai (2. Feiertag)

1. Klasse. 3 Uhr Frisch auf Nietleben 1. — Achilles 1., Nietleben (Sandanger Adler); 10 Uhr Adler 1. — Atlas 1., Minerva (Bennewitz, Ammendorf).
Sportlerinnen. 11 Uhr Minerva — Wörmlitz, Minerva (Othello); 3 Uhr ... gegen Kröllwitz, Othello (Sportlust).
Schüler. 10 Uhr Minerva — Othello, Minerva (Wörmlitz).

Freitag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, Othello 2. — Sportlust 2., Othello ... (Minerva).

Frisch auf Nietleben 2. zur Kenntnis, daß die Spiele für 1. und 2. Feiertag ... Achilles 2. abgesagt worden sind.

Achtung, Schiedsrichter. Handball. Am Mittwoch, dem 19. Mai, findet im Restaurant Hübner, Kurze Gasse, unsere fällige Schiedsrichtersitzung statt. Beginn 8 Uhr. Ersuchen um pünktliches Erscheinen.

Radio

Der Arbeiter-Radio-Klub, Ortsgruppe Halle e. V., unternahm am Himmelfahrtstag einen Familienausflug nach Röpzig. Eine ganze Anzahl Mitglieder nahm an dieser Veranstaltung teil. Auf dem Kirschberg wurde Rast gemacht. ... war eine Antenne gespannt, doch konnte wegen einem herannahenden Gewitter der Lagerplatz nicht innegehalten werden, und nun ging es mit Sack und Pack ... Röpzig. Auch dort wurde wieder eine Antenne gespannt, die Apparate mit Lautsprecher aufgestellt, und nun zeigte sich ein tadelloser Empfang, wie er nur ... ist, wenn man dem Großstadtleben entrückt ist. Welche Werbewirkung eine ... Veranstaltung unter freiem Himmel hat, zeigte die Neugierde und das Fragen der fremden Ausflügler. Alle Teilnehmer waren mit dem harmonisch verlaufenen Ausflug zufrieden und unter den Klängen der Musik ging es tapfer nach Hause.

Vereinsmitteilungen

Expanderklub „Othello". Jeden Dienstag von ½5 Uhr Trainieren auf dem Minerva-Platz. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Freitag, den 21. Mai, im Vereinslokal Mannschaftssitzung aller Mannschaften. Auch haben alle ... sieher wegen dem Reichs-Arbeiter-Sporttag zu erscheinen.

1. Pfingstfeiertag im „Landhaus" Vergnügen.

Rüstet zum Reichsarbeiter-Sporttag!

6. Juni im Stadion

Arbeiter-Sportvereine bestellt eure Drucksachen bei der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260517-14/fragment/page=0008